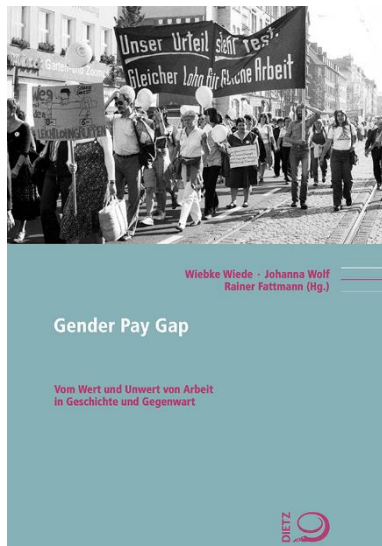




WIEBKE WIEDE/JOHANNA WOLF/RAINER FATTMANN (HRSG.)

Gender Pay Gap
Vom Wert und Unwert von Arbeit in Geschichte und
Gegenwart
(Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 113)

Dietz | Bonn 2023
288 Seiten, Broschur | 32,00 €
ISBN 978-3-8012-4258-9

rezensiert von

WIBKE RHEIN, Universität Konstanz

Fast schon so zuverlässig wie der kalendarische Frühlingsanfang fällt auch der *Equal Pay Day* in Deutschland in jedem Jahr in den März. Er soll seit 2008 symbolisch den Tag markieren, bis zu dem Frauen »unbezahlt« arbeiten und basiert auf den seit 1995 vom Statistischen Bundesamt nach EU-Richtlinien erhobenen Daten zum *Gender Pay Gap*, den geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Entlohnung von Männern und Frauen. Die Zahl liegt für Deutschland relativ stabil bei 18 Prozent und gilt der EU als wichtiger Indikator für den Stand der Gleichstellung der Geschlechter.

In seinem Plädoyer für eine Neubefassung der Zeitgeschichte mit der Arbeitsgeschichte hat unlängst Lutz Raphael an die zentrale Rolle von Erwerbsarbeit für gesellschaftliche Ungleichheiten und speziell an die vielfältigen Verbindungen zwischen der Geschichte der Geschlechter und der Geschichte der Arbeitswelten erinnert.¹ Umso erfreulicher ist es, dass sich nun das vorliegende Werk den Ursachen und Ausprägungen des *Gender Pay Gap* historisch annähert. Der von Wiebke Wiede, Johanna Wolf und Rainer Fattmann herausgegebene Sammelband folgt dabei der sogenannten Devaluationsthese, die die Beständigkeit der Lohndifferenz auf die schlechtere Bewertung »frauentypischer« Arbeit zurückführt. Zeitlich reichen die Beiträge vom späten 19. Jahrhundert bis ins zweite Drittel des 20. Jahrhunderts, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den 1970er-Jahren. Geographisch liegt der Fokus des Bandes auf dem Gebiet der »alten« Bundesrepublik.

Thematisch gliedert sich der Sammelband in drei Abschnitte. Der erste und zugleich umfangreichste Abschnitt fragt unter dem Titel »Bedingungen und der Anerkennung bezahlter und unbezahlter Arbeit« danach, wie Betroffene Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erkämpfen suchten und mit welchen Hindernissen und Erwartungshaltungen sie dabei konfrontiert waren. Mit Fallstudien zur Krankenpflege (Susanne Kreutzer), Tagesmüttern (Laura Moser), städtischen Hausgehilfinnen (Mareike Witkowski) und ehrenamtlichen Pastorenfrauen

¹ Lutz Raphael, Deutsche Arbeitswelten zwischen globalen Problemlagen und nationalen Handlungsbezügen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69, 2021, S. 1-23, hier S. 11-14.

(Michaele Bräuninger) konzentriert sich dieser erste thematische Block auf den Care-Bereich. Ergänzt werden diese Studien zu einzelnen Arbeitsbereichen durch den Beitrag von Michaele Kuhnhenne, die am Beispiel Bremens in der ersten Nachkriegsdekade darlegt, wie Kindern verschiedenen Geschlechts aufgrund vermeintlich geschlechtsspezifischer Wesenseigenschaften verschiedene Bildungswege zugewiesen wurden und wie diese Ausbildungswege wiederum geschlechtsspezifische Berufsfelder und Entlohnungen rechtfertigten. In der Geschichtswissenschaft ist dieser Zusammenhang bekannt, spätestens seit Karin Hausen 1976 die zentrale Funktion der »Polarisierung der Geschlechtscharaktere« für die moderne Erwerbsgesellschaft herausgearbeitet hat.² Insofern sind die Befunde dieses ersten Abschnitts des Bandes als solche nicht neu. Die Stärke der Fallstudien liegt vielmehr in der Sichtbarmachung komplexer Zusammenhänge, die sich hinter einer statistischen Größe verbergen.

Besonders erhellend ist in dieser Hinsicht der Beitrag von Laura Moser. Am Beispiel des Modellprojekts »Tagesmütter«, das von 1974 bis 1978 unter der Federführung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit elf Standorte mit je 15 bis 20 Tagesmüttern umfasste, fragt Moser nach dem Einfluss von Geschlechternormen auf die Ausgestaltung und die Finanzierungssystematik des Projekts. Sehr deutlich wird dabei, dass weiblicher Erwerbstätigkeit auch nach der Ehe- und Familienrechtsreform von 1977 durch das vorherrschende Ernährer-Modell sowohl diskursiv als auch strukturell deutliche Grenzen gesetzt waren. So sollten die im Projekt beschäftigten Tagesmütter zunächst zwar sozialversicherungspflichtig tätig sein, keinesfalls aber sollte ein neuer Ausbildungsberuf begründet werden. Die arbeits- und steuerrechtliche Unvereinbarkeit dieser Positionen wurde schlussendlich dadurch gelöst, dass die Frauen als Selbstständige besteuert wurden, was in Verbindung mit dem Ehegattensplitting zu einer erheblichen steuerlichen Mehrbelastung der Betroffenen führte. Diese Lösung stieß in den meisten Modellorten auf Protest, doch bestand Uneinigkeit über die Alternativen. Während etwa die Reutlinger Tagesmutter-Gruppe sich unter Verweis auf die Sozialabgaben für die Anerkennung ihrer Tätigkeit als Lohnarbeitsverhältnis einsetzte, sah ein Großteil der organisierten Frauen die beste Lösung in einer steuerfreien Entschädigungszahlung, da diese ihnen eine höhere Entlohnung ermöglichte, ohne das Ehegattensplitting selbst in Frage zu stellen. Ein solcher Kompromiss ergab für verheiratete Frauen aus der Mittelschicht, die den Großteil der Tagesmütter in dem Projekt ausmachten, ökonomisch durchaus Sinn. Er führte aber die Kindertagespflege letztlich in die prekäre Selbstständigkeit. Die Geschichte des Modellprojekts lässt sich so auch als Plädoyer dafür lesen, mehr nach den Zusammenhängen zwischen Geschlecht und prekären Beschäftigungsformen zu fragen.³

Die vier Beiträge des zweiten Abschnitts ergründen, wie durch gesetzliche und tarifliche Regelungen ungleiche Arbeitsbewertungen festgeschrieben wurden. Während die ersten zwei Beiträge einen Blick zurück auf die Entwicklung rechtlicher Vorschriften für preußische Volksschullehrerinnen (Leonie Kemper) und der Rechtsprechung zur Entgeltgleichheit in der Bundesrepublik (Anna Quadflieg) werfen, nehmen die zwei anderen Beiträge eine aktuellere Perspektive ein. Andrea Jochmann-Döll, Christina Klenner und Alexandra Scheele untersuchen die Chancen und Risiken der Digitalisierung für eine geschlechtsneutrale Bewertung der Erwerbsarbeit. Mit Karin Schönpflugs Beitrag wiederum erhält der Band eine begrüßenswerte Erweiterung um queere und intersektionale Perspektiven. Basierend auf Erkenntnissen einer in Wien durchgeführten Erhebung, gibt die Ökonomin einen Überblick über die Forschung der letzten Jahre zu Lohnungleichheiten abseits eines binär und cis-normativ gedachten *Gender Pay Gap*. So haben Studien etwa signifikante Lohnunterschiede zwischen trans- und cis-Personen festgestellt, und auch Lohnunterschiede entlang der sexuellen Orientierung werden vermehrt unter dem Begriff des *Gay Pay Gap* untersucht.

² Karin Hausen, Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« - Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363-393.

³ Dafür plädiert am Beispiel Italiens auch: Eloisa Betti, Gender and Precarious Labor in a Historical Perspective. Italian Women and Precarious Work between Fordism and Post-Fordism, in: International Labor and Working-Class History 89, 2016, S. 64-83.

Insbesondere Schönplugs Ausführungen zu Erhebungsproblematiken rufen ins Gedächtnis, dass der *Gender Pay Gap* als statistischer Indikator ebenso Ergebnis historisch geformter Vorstellungen über Geschlecht ist, wie er selbst an der Ordnung von Gesellschaften entlang der Kategorie Geschlecht beteiligt ist. Er macht(e) die Lohndifferenz zwischen abhängig beschäftigten Männern und Frauen sichtbar, ebenso wie er andere Lohnungleichheiten in der Unsichtbarkeit beließ. So erlaubt der *Gender Pay Gap*, wie er vom statistischen Bundesamt seit 1995 erhoben wird, etwa keine Aussagen über Selbstständige, Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder abhängig Beschäftigte in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten. Die Tagesmütter aus Laura Mosers Beitrag würden hier also ebenso wenig repräsentiert werden wie die städtischen Haushaltshilfen in bürgerlichen Haushalten, die Mareike Wittkowski in ihrem Beitrag behandelt.⁴

In allen Beiträgen wird deutlich, dass gesetzliche oder tarifliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Lohnungleichheit nur bedingt von Wirksamkeit waren. So führte die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts von 1955, wonach Frauen für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn erhalten sollten, zwar zu einer Abschaffung von Lohnabschlagsklauseln für Arbeitnehmerinnen. De facto wurden diese aber durch neu geschaffene Niedriglohnkategorien fortgeführt. Noch deutlicher aber verweist das Kapitel auf den zugrundeliegenden Zankapfel: Was bedeutet Lohngleichheit und wie ist sie zu messen und sicherzustellen?

Wie nationale und internationale Gewerkschaftsorganisationen diese Fragen diskutierten, ist schließlich Thema des letzten Abschnitts, der damit zugleich den geographischen Rahmen des Bandes über die Bundesrepublik hinaus ausdehnt. Johanna Wolf beschäftigt sich mit den Diskussionen im Weltgewerkschaftsbund über Entgeltgleichheit und liest diese als »Kondensat weltweit geführter Diskussionen« um die Berufstätigkeit von Frauen (S. 221). Judith Holland fragt am Beispiel gewerkschaftlicher Diskussionen in Frankreich nach der Länderspezifität von Gleichheitsvorstellungen und zeigt, wie diese auch die Datenerhebung zum *Gender Pay Gap* beeinflussten. Damit zeigt sie einmal mehr die Wichtigkeit nationaler Besonderheiten von Statistiken auf. Indem sie die Auswirkungen des 1975 von den Vereinten Nationen ausgerufenen »Internationalen Jahres der Frau« auf Debatten um Entlohnungsgleichheit in Island, Indien und Südafrika untersuchen, nehmen Silke Neunsinger und Ragnheiður Kristjánsdóttir im letzten Beitrag des Bandes die Dreiecksbeziehung zwischen transnationalen Aktivist:innen, dem Staat und internationalen Organisationen in den Blick. Dabei argumentieren sie, dass die UN-Kampagne von 1975 als »Globalisierungskatalysator« für die Forderung nach Lohngleichheit fungierte, indem sie wichtige Gelegenheitsstrukturen für Aktivist:innen in den jeweiligen Ländern schuf.

Insgesamt legen die Herausgeber:innen einen thematisch und auch methodisch breit gefächerten Sammelband vor, der die Vielschichtigkeit von genderspezifischen Ungleichheitsstrukturen auf dem Arbeitsmarkt verdeutlicht. Indem der Band der Komplexität des Gegenstandes gerecht wird, bietet er viele Anknüpfungspunkte für weitere Beschäftigungen mit dem *Gender Pay Gap*. Zu hoffen bleibt schließlich, dass die Erforschung des *Gender Pay Gap* nicht selbst geschlechterspezifisch bleibt, so erfreulich die überdurchschnittlich hohe Präsenz von Forscherinnen in diesem Sammelband auch ist.

Zitierempfehlung

Wibke Rhein, Rezension zu: Wiebke Wiede/Johanna Wolf/Rainer Fattmann (Hrsg.), *Gender Pay Gap. Vom Wert und Unwert von Arbeit in Geschichte und Gegenwart*, Dietz, Bonn 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81989.pdf>> [14.5.2024].

⁴ Vgl. Christina Klenner/Susanne Schulz/Sarah Lillemeier, *Gender Pay Gap – die geschlechtsspezifische Lohnlücke und ihre Ursachen*, in: Policy Brief WSI Nr. 07/2016, (07/2016), S.5. Ökonomische Studien lassen vermuten, dass der *Gender Pay Gap* bei Selbstständigen noch größer ist als bei abhängig Beschäftigten. Vgl. Moritz Drechsel-Grau/Andreas Peichl/Kai D. Schmid u.a., *Inequality and Income Dynamics in Germany*, in: *Quantitative Economics* 13, 2022, S. 1593-1635.



OLAF KISTENMACHER

»Gegen den Geist des Sozialismus«
Anarchistische und kommunistische Kritik der
Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer
Republik

ça ira | Freiburg/Wien 2023
156 Seiten, Französisch Broschur | 23,00 €
ISBN 978-3-86259-146-6

rezensiert von

MARIO KEBLER, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Vor acht Jahren erschien Olaf Kistenmachers Bremer Dissertation »Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung »Die Rote Fahne« während der Weimarer Republik».¹ Das Buch wurde in der Fachwelt und der Öffentlichkeit insgesamt positiv rezipiert, obwohl der weitgehende Verzicht auf Archivquellen auffiel. Im nun vorliegenden Buch knüpft der Autor an sein damaliges Forschungsthema an, wechselt jedoch die Perspektive: Nunmehr stehen im Zentrum der Analyse die Kritiker der KPD, insbesondere Anarchisten, aber auch die innerparteiliche Kritik an der, laut Kistenmacher, »Judenfeindschaft« in der KPD.

Das Buch setzt nach einer kurzen Erwähnung der Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) und ihrer Protagonisten Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg intensiver erst in der zweiten Phase der KPD-Geschichte ein, im Jahr 1923. Die ersten innerparteilichen Kritiker wie Paul Levi, dem einige antisemitisch gefärbte Schmähungen hinterhergerufen wurden, hatten die Partei da bereits verlassen. Diese hatte sich mit der unvermeidbaren Annahme der 21 Bedingungen der Komintern einem rigiden, mehr noch als von Lenin durch den Komintern-Vorsitzenden Sinowjew geprägten Verständnis von Politik unterworfen. Noch aber war die innerparteiliche Diskussion keineswegs ganz abgetötet, und auch spätere bizarre Politik-Rituale, so der Huldigung der jeweiligen Parteiführer, lagen noch in der Zukunft.

Das Jahr 1923 war ein Schlüsseljahr in der deutschen Geschichte, in der das Schicksal der Weimarer Republik auf der Kippe stand. Die permanente Krisenstimmung führte zur Verstärkung des latenten Antisemitismus, galten doch die Juden nun nicht mehr nur – fälschlicherweise – als Profiteure der Krise und als Kriegsgewinnler, galt die deutsche Republik bei ihren rechten Feinden nicht nur als Judenrepublik, sondern das janusköpfige Zerrbild des jüdischen Kapitalisten und jüdischen Bolschewiken wurde von der rechtsradikalen Propaganda überdimensional aufgeblasen. Die Arbeiterklasse erwies sich noch am ehesten immun gegenüber diesem

¹ Olaf Kistenmacher, Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung »Die Rote Fahne« während der Weimarer Republik, Bremen 2016.

Propaganda-Monster. Die machtvollen Demonstrationen aller Arbeiterparteien im Jahr zuvor, mit denen sie gegen den Mord am jüdischen Reichsaußenminister Walther Rathenau protestierten, legten davon Zeugnis ab.

Dennoch zeigte sich auch die Linke, insbesondere die von Kistenmacher untersuchte KPD, gegenüber dem Antisemitismus nicht immun. Sie nahm ihn zudem als eigenständige Größe innerhalb der deutschen Gesellschaft nur unzureichend wahr. Hingegen suchte sich die KPD als nationale Kraft im Widerstand gegen Frankreich zu präsentieren und keinen Nihilismus in der nationalen Frage zuzulassen. In diesem Sinne pries Karl Radek den von französischen Truppen im Ruhrgebiet hingerichteten rechtsradikalen Untergrundkämpfer Leo Schlageter als mutigen Soldaten der Konterrevolution, der von den Soldaten der Revolution zu würdigen sei. Radek gab sich überzeugt, dass die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehöre. Daran anschließend öffnete »Die Rote Fahne« ihre Spalten für zwei Beiträge des völkischen Nationalisten Ernst Graf Reventlow, die auch als Broschüre erschienen, gemeinsam mit Radeks Rede sowie Aufsätzen des Kommunisten Paul Frölich (und, wie ergänzt sei, des neokonservativen Nationalisten Arthur Moeller van den Bruck). Dies leitete eine Reihe von Versammlungen ein, auf denen kommunistische und völkische Redner gemeinsam auftraten. Besonders tat sich der KPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele hervor, der sich nicht scheute, Anfang August 1923 auf einer Versammlung der NSDAP zu sprechen. »Wie dieser Antisemitismus entsteht«, rief er laut einem Bericht der »Roten Fahne« aus, »kann ich ja sehr leicht begreifen. Man braucht nur einmal auf den Stuttgarter Viehmarkt, nach dem Schlachthof zu gehen, um dort zu sehen, wie Viehhändler, die größtenteils zum Judentum gehören, zu jedem Preise das Vieh aufkaufen, während die Stuttgarter Metzger wieder leer abziehen müssen, weil sie einfach nicht so viel Geld haben, [um] Vieh kaufen zu können. (Sehr richtig! bei den Faschisten.)« (zit. nach S. 33) Wie Kistenmacher detailliert zeigt, verwendete die KPD-Presse den Begriff des »Volkes« als Schlüsselkategorie, um die Zustände in Deutschland anzuprangern. Doch damit desorientierte die KPD die eigenen Genossen, während die nationalistische Rechte nur höhnisch Beifall spendete oder ablehnend reagierte.

Dabei verurteilte die Partei weiterhin den Antisemitismus. Dessen Stoßtrupps bestünden aus deklassierten Offizieren, Studenten, Sekundanern, Lockspitzeln und sonstigem Gesindel, schrieb die KPD-Presse ein um das andere Mal. Die Finanzierung der antisemitischen Hetze würde größtenteils das industrielle und agrarische Großkapital besorgen, das im antisemitischen Lumpenproletariat einen Schutz gegen die soziale Revolution sehe. Doch fanden sich, wie aussagekräftige Illustrationen zeigen, immer wieder auch antijüdische Karikaturen, auf denen etwa zufrieden lächelnde, stereotyp gezeichnete jüdische Kapitalisten einer Nazidemonstration Beifall spendeten (S. 36).

Einigen Raum widmet Kistenmacher Ruth Fischer. Sie machte auf ihrem Weg an die Spitze der KPD vor populistischer Stimmungsmache nicht Halt, wobei sie auch antisemitische Klischees einsetzte. In einer Rede, der kommunistische wie völkische Studenten zuhörten, stellte sie am 25. Juli 1923 fest, wer »gegen das Judenkapital« aufrufe, sei »bereits Klassenkämpfer.« (zit. nach S. 31) Nachdem der Rätekommunist Franz Pfemfert auf diese Rede aufmerksam gemacht hatte, zitierte auch die SPD-Zeitung »Vorwärts« sie und vergaß nicht den Hinweis, dass Ruth Fischers bürgerlicher Name Elfriede Friedländer lautete (S. 40). Der Anarchist Rudolf Rocker warnte davor, solche »Vorgänge in ihrer Tragweite unterschätzen zu wollen. Hier waren furchtbare Kräfte an der Arbeit, die durchaus nicht harmlos sind, sondern eine furchtbare Gefahr für die allernächste Zukunft dieses Landes bedeuten.« (zit. nach ebd.) Der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler, von seinen innerparteilichen Gegnern als Rechter bezeichnet, suchte ebenso wie August Thalheimer und Clara Zetkin dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken. So schrieb Clara Zetkin Ende März 1924 aus Moskau an den bevorstehenden IX. Parteitag der KPD: »Die radikalisierten Parteimassen werden zum größten Teil von revolutionären Gefühlen und Stimmungen beherrscht, sie sind grundsätzlich nicht geschult, nicht klar und fest. Die »linke« Parteimehrheit vereinigt brüderlich reichlichst KAPisten, Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte besehen – horrible dictu – sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten.« (zit. nach S. 51)

All dies bewies die völlige Unterschätzung des Antisemitismus, auch des akademischen Rechtsradikalismus, durch Teile der KPD. Beide Arbeiterparteien, auch die SPD, reagierten recht spät auf das Pogrom gegen jüdische Klein Händler und Subproletarier Anfang November 1923 im Berliner Scheunenviertel. Die Erfahrung der jüngsten Geschichte hätten indes gerade die KPD mahnen sollen: Die Revolution von 1918/19 war zur Geburtsstunde der mörderischen Losung vom »jüdischen Bolschewismus« geworden. Antikommunismus und Antisemitismus gingen seitdem Hand in Hand. Doch die Mystifizierung der angeblich nur irregeleiteten, doch potentiell revolutionären Massen vernebelte nicht nur Ruth Fischer und ihrem damaligen Bündnispartner Hermann Remmele den Blick. Mit dem Parteiausschluss der von Ruth Fischer angeführten Richtung traten ab 1925 die antisemitischen Stimmen innerhalb der KPD zurück, ohne ganz zu verstummen. Clara Zetkins Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Denn anders als in der Sowjetunion, deren innere Entwicklung Kistenmacher in gebotener Kürze behandelt, wurde der Antisemitismus innerhalb der KPD kein Mittel in Fraktionskämpfen.

In der existentiellen Krise der Weimarer Republik ab 1929/30 verhielt sich die KPD zunächst auffallend defensiv gegenüber der von den Nationalsozialisten verbreiteten Behauptung, sie sei jüdisch durchsetzt und ihr Marxismus ein von Hebräern ausgeklügeltes Instrument zur Zersetzung der germanischen Rasse. Die KPD sah im Judenhass nur ein nazistisches Ablenkungsmanöver. Hitlers Antisemitismus sei nicht genuin, sondern lediglich ein Schwindel. Jüdische Bankiers seien ebenso wie »arische« Unternehmer Nutznießer des Hitlerfaschismus, denn Kapital bleibe Kapital. All dies zeigte erneut die Ignoranz der Partei gegenüber den vielschichtigen Dimensionen des Judenhasses.

Am weitesten entfernt schien jedoch die Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern in Palästina. Der erste arabisch-jüdische Bürgerkrieg in Palästina, der im August 1929 Hunderte von Menschenleben auf beiden Seiten kostete, war für die KPD-Führung der einzige Anlass, zum politischen Zionismus Stellung zu nehmen. Am 24. und 25. Oktober 1929 behandelte das Zentralkomitee der KPD die Ereignisse. Im Referat zum Tagesordnungspunkt gab Hermann Remmele zu, »innerhalb der Partei« sei wenig Kenntnis darüber vorhanden, welche Rolle in Palästina die Komintern spiele. »Unsere Partei« habe »in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten.« Deswegen sei es ganz klar, dass die KP Palästinas »nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber.« (zit. nach S. 103) Ganz abgesehen von der pauschalen Kategorisierung von »Juden« und »Arabern« ohne Verweis auf die Klassenlage bestürzt in Remmeles Referat vor allem die Unterstellung, die jüdischen Parteimitglieder seien Zionisten. Auch ohne Kenntnis der inneren Lage der illegal arbeitenden KP Palästinas hätte ein Blick in die »Inprekorr«, die internationale Zeitung der Komintern, genügt, um zu sehen, dass gerade die jüdischen Kommunisten inner- wie außerhalb Palästinas die schärfsten Gegner des Zionismus waren. Die Uninformiertheit, aber wohl auch Desinteresse und mangelnde Sensibilität der ZK-Mitglieder an dieser für die internationale Politik wahrlich nicht peripheren Problematik zeigte sich darin, dass niemand diesen falschen Aussagen widersprach. »Aus Zeitgründen« fand keine Diskussion darüber statt. Die Palästina-Berichte der »Roten Fahne« waren entsprechend einseitig. Da es im Buch um die Kritik der KPD-Politik geht, wäre hier ein Blick auf sozialdemokratische und oppositionell-kommunistische Publikationen geboten gewesen, in denen diese Probleme oftmals weit klarer wahrgenommen wurden.

Das Buch vermittelt ein plastisches Bild der widersprüchlichen Haltung der KPD zum Antisemitismus. Dennoch erscheint dem Rezensenten der Terminus »Judenfeindschaft« hier übertrieben. Die KPD wies, wie auch die SPD, alle rassistischen Deutungen der sogenannten jüdischen Frage zurück, die die zeitgleich im bürgerlichen politischen Spektrum immer mehr an Boden gewannen. Die jüdische Frage war für die Arbeiterparteien die Frage nach gleichberechtigter Teilhabe der Juden am Leben Deutschlands. Es war deshalb logisch, dass Hitler und die Seinen zuerst die Arbeiterbewegung zerschlagen mussten, bevor sie an das grauenvolle »Werk« der Judenvernichtung gingen.

Zitierempfehlung

Mario Keßler, Rezension zu: Olaf Kistenmacher, »Gegen den Geist des Sozialismus«. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, ça ira, Freiburg/Wien 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81990.pdf>> [14.5.2024].



SYLVIA KÖCHL

Delikt Abtreibung.
Frauenarmut, ungewollte Schwangerschaften und
illegale Abbrüche

Mandelbaum | Wien 2024
254 Seiten, Broschur | 22,00 €
ISBN 978399136-043-8

rezensiert von

SUSANNE KREJSA MACMANUS, Wien

Zum besseren Verständnis zuerst die rechtlichen Voraussetzungen: Der Schwangerschaftsabbruch unterliegt in Österreich auch im Jahr 2024 noch dem Strafgesetzbuch und kann laut Paragraph 96 mit Gefängnis bestraft werden. Jedoch gilt seit 1. Januar 1975 die so genannte Fristenlösung. Nach Paragraph 97 des Österreichischen Strafgesetzbuchs ist demnach die Tat nicht strafbar, »wenn der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird; oder [...] wenn der Schwangerschaftsabbruch zur Abwendung einer nicht anders abwendbaren ernststen Gefahr für das Leben oder eines schweren Schadens für die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren erforderlich ist oder eine ernste Gefahr besteht, daß das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde, oder die Schwangere zur Zeit der Schwängerung unmündig gewesen ist [...]«. ¹ Zur Klarstellung: Als Beginn der Schwangerschaft versteht das Strafgesetzbuch den Tag der abgeschlossenen Einnistung des befruchteten Eies.

Ob man es hören mag oder nicht: Die Natur will sich fortpflanzen, durchschnittlich 15 Schwangerschaften pro Frauenleben sind »natürlich« bzw. »naturgewollt«. Mangels sicherer und zugänglicher Verhütungsmittel fanden Abtreibungen entsprechend häufig statt. Der Nationalratsabgeordnete Gustav Zeilinger bemerkte beispielsweise 1955 im Budgetausschuss des Österreichischen Parlaments: »Da an jeder Abtreibung etwa drei Personen beteiligt sind, begehen in Österreich rund 600.000 Personen im Jahr ein Verbrechen. Das bedeutet, dass in neun Jahren das ganze Bundesvolk - mit Ausnahme der Kinder - dieses Verbrechen begeht.« ²

Nun legt Sylvia Köchl, Politikwissenschaftlerin und Journalistin in Wien, eine gründliche Aufarbeitung des Themas »Verbotene Abtreibung« vor. Aus biografischen Gründen, aus schierer Neugier und als linke Feministin gilt ihr spezielles Interesse der Situation derjenigen Frauen, die

¹ Zit. nach URL: <<https://www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/97>> [15.5.2024].

² Zit. nach Austria Presse Agentur, Meldung 1.182 vom 25.11.1955.

sich keine ärztliche Abtreibung leisten konnten und deren Lebenssituationen aufgrund sozialer Herkunft, fehlender (Aus)Bildung und anderer Umstände (etwa häuslicher Gewalt) prekär waren. »Arme Frauen [...] konnten Schwangerschaften und Abtreibungen schon allein aufgrund ihrer Lebens- und Wohnsituationen »schlechter verbergen« und mussten aus finanziellen Gründen zu Abtreiber*innen in der Nähe gehen [...]. So gerieten die ungewollt Schwangeren wie auch die Abtreiber*innen schnell in den Fokus der Polizei.« (S. 11)

Wie viele Strafverfahren es zu verbotenen Schwangerschaftsabbrüchen bzw. zu Neugeborenen-tötungen (im Sinne verschleppter Abtreibungen) gab, ist nicht erfasst. Im Verhältnis zur riesigen Anzahl der durchgeführten Abtreibungen waren es aber wenige. Für das Jahr 1955 finden sich im Wiener Stadt- und Landesarchiv 582 Akten unter den Stichworten »Abtreibung« bzw. »Kindsmord«, für das Jahr 1965 22 Akten zu den Stichworten »Abtreibung«, »Kinderleiche« bzw. »Säugling«. Für diese niedrigen Zahlen gibt es mehrere Gründe: einerseits die erfolgreichen Selbstabtreibungen, andererseits die auch von medizinischen Gutachtern anerkannte Geschicklichkeit und Fürsorglichkeit der Abtreiber*innen.³ Und schließlich: Gerüchten oder Verdachtsfällen wurde in vielen Fällen gar nicht nachgegangen, denn auch die Gendarmen und die ganz überwiegend männlichen Mitglieder der Polizei sind Väter, Ehemänner, Liebhaber, haben Freundinnen, Töchter, Frauen, Mütter, Tanten und andere weibliche Familienmitglieder oder Bekannte, die im Fall einer ungewollten Schwangerschaft auf Tipps angewiesen waren.

Köchel stellt aus dem Zeitraum von 1923 bis 1974 anhand von Gerichtsakten 49 Gerichtsfälle aus unterschiedlichen Siedlungsbereichen Wiens sowie aus den benachbarten Bundesländern Niederösterreich und Burgenland vor. Sie breitet die Fakten aus, legt die Begleitumstände dar, schildert den zeitlichen Kontext und ergänzt um ausführliche Lesetipps, Erläuterungen und Erklärungen. Das Buch ist trotz aller Dramatik des Dargestellten gut lesbar, sogar spannend – wenngleich das in diesem Zusammenhang herablassend klingen mag, schließlich handelt es sich ja nicht um einen Unterhaltungskrimi. Tatsächlich gehen die »unterhaltsamen« Details in meinen Augen zu weit: Mit personenbezogenen Informationen sollte man sensibler umgehen und es den Familien bzw. Nachkommen überlassen, ob sie die Identifizierbarkeit ihres Familienmitgliedes/ ihrer Familienmitglieder gestatten. Erfahrungsgemäß ist es für Familien mitunter schmerzhaft, über Abtreibungen oder Neugeborenentötungen zu sprechen, auch wenn das Geschehen schon länger zurückliegt.

Vor der Darstellung der individuellen Gerichtsakten beschreibt die Autorin ausführlich ihren Weg der Materialsammlung aus dem Wiener Stadt- und Landesarchiv sowie dem Straflandesgericht, ferner den Aufbau der gefundenen Unterlagen, den daraus gelernten Ablauf der Gerichtsverfahren und die Hierarchie der beteiligten Personen. Sie schildert die Argumentationen vor Gericht, die Urteilsfindung und die Gefängnissituationen. Die genaue Angabe der Aktensignaturen macht das Material für weitere Forschung auffindbar. Allerdings kann Köchels Verzicht auf eine Unterteilung ihres langen Untersuchungszeitraums leicht zu Verwirrung führen. Zumindest die NS-Zeit stellte eine so wesentliche Unterbrechung und eine Veränderung aller Werte dar, dass eine Unterteilung ratsam gewesen wäre.

Präzise beschreibt Köchel die Methoden und Begleitumstände der Abtreibungen, was ihr Buch auch für thematisch Versierte wertvoll macht. Heimliche Selbstabtreibungen führten seltener zu Aufdeckungen, nur dann, wenn jemand sie ausplauderte (mitunter aus Rache), oder wenn es zu Selbstverletzungen kam, die eine Spitalsbehandlung nötig machten. Die Autorin hat auch die Suche nach Abtreiber*innen, den Umgang mit ihnen und die Art der Geschäftsbeziehungen untersucht: »Wer nicht selbst eine Abtreiberin kannte, kannte andere, die etwas wussten. Es kursierten praktisch überall Informationen darüber: innerhalb von Familien, unter Freund*innen, Nachbar*innen, Schüler*innen und Arbeitskolleg*innen – und an diesem Austausch waren sowohl Frauen als auch Männer rege beteiligt. Frauen, die bereits Kinder hatten, wandten sich in der Regel als Erstes ratsuchend an ihre Hebammen.« (S. 66)

³ Vgl. Katharina Riese, In wessen Garten wächst die Leibesfrucht. Das Abtreibungsverbot und andere Bevormundungen, Wien 1983, S. 113 (dort Zitat: »Keine von den Frauen ist ernsthaft erkrankt, die Vorsicht ging so weit, daß bei den auswärtigen Fällen eigene Blutstillungsmittel mitgegeben wurden [...].«).

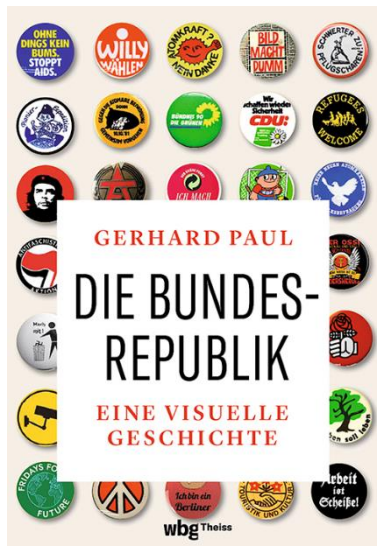
Die Autorin deklariert, wie gesagt, ihre politische Position, die sowohl ihre Wortwahl als auch ihre Auswahl der Quellen erklärt. Anderes ist unverständlich: Warum erwähnt sie lediglich ein einziges Mal und nur in einer Fußnote das Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch (MUVS) in Wien, das seit rund 20 Jahren Unmengen von Objekten, Büchern und Dokumenten zusammengetragen hat? Schwer vorstellbar, dass die Autorin niemals einen Blick riskiert hat, um ihr Wissen zu erweitern oder ihre Vermutungen zu überprüfen, beispielsweise zu den erwähnten »Schautafeln«, auf denen die gängigen Abtreibungsinstrumente dargestellt waren, damit die Beamten bei den Ermittlungen wussten, worauf sie achten sollten (S. 122). Unsachlich und unnötig ist die Anprangerung und Ausgrenzung des Wiener Gynäkologen Christian Fiala wegen seines kritischen Hinterfragens der Maßnahmen während der Corona-Pandemie (S. 7), weil sich daraus kein Zusammenhang mit seinem Engagement für die Freigabe der Abtreibung, für die Kostenübernahme von Verhütung und Abtreibung sowie zu seinen Forschungen für die laufende Verbesserung von Abtreibungsmethoden erkennen lässt. Und mit dem Terminus »Abtreibungsarzt« übernimmt sie die abwertende Diktion der religiösen Fundamentalisten, gegen deren Aktivitäten sie sich ja eigentlich wendet. Hier scheint Köchl persönliche Antipathien über die Tatsache gestellt zu haben, dass die beiden eigentlich in so vielen Punkten am selben Strang ziehen.

Sylvia Köchl hat ihre Untersuchungen mit Akribie und Sachverstand durchgeführt. Da passieren auch manchmal kleine Fehler, etwa ihre Wortschöpfung »Skartierungslisten« (S. 14), mit der sie die Arbeitsprotokolle des Wiener Stadt- und Landesarchivs meint. Der Embryo gilt medizinisch erst ab der elften Schwangerschaftswoche als »Fötus« – und nicht bereits ab der neunten Schwangerschaftswoche (S. 94). Diese Kritik soll Köchls verdienstvolle Arbeit in keiner Weise kleinreden, aber Leserinnen und Leser bei eigenen Forschungsvorhaben vor vermeidbaren Irrtümern und Sackgassen bewahren.

Viele Menschen versuchen, so viel wie möglich über ihre Vorfahren herauszufinden. Nicht selten klaffen aber Lücken, die Rätsel aufgeben. Warum »verschwand« eine Tochter oder Frau? Warum war die Reihenfolge der Geburten offenbar »gestört«? Warum gab es unerklärliche Selbstmorde in frühem Alter etc.? Doch Abtreibungen und Neugeborenenentötungen wurden in den meisten Familien totgeschwiegen, sodass Familienforscher*innen diese Möglichkeit gar nicht bewusst ist. Sie werden bei der Lektüre von Köchls Buch ein großes Aha-Erlebnis haben, weil sich plötzlich eine mögliche Erklärung für das Fehlende eröffnet. Dies ist nur eine der Zielgruppen, die großen Gewinn aus Köchls Buch ziehen werden. Die einfühlsame Beschreibung der Lebensumstände armer Frauen in Notlagen eröffnet Einblicke, die ansonsten nur schwer zugänglich sind: Wie haben »Arme« gelebt – und vor allem arme Frauen? Köchls Buch gibt wertvolle Antworten.

Zitierempfehlung

Susanne Krejsa MacManus, Rezension zu: Sylvia Köchl, Delikt Abtreibung. Frauenarmut, ungewollte Schwangerschaften und illegale Abbrüche, Mandelbaum, Wien 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81991.pdf>> [15.5.2024].



GERHARD PAUL

Die Bundesrepublik.
Eine visuelle Geschichte

wbg Theiss | Darmstadt 2023
600 Seiten, gebunden | 60,00 €
ISBN 978-3-8062-4615-5

rezensiert von

MIRIAM ZLOBINSKI, Berlin

Rechtzeitig zum 75. Geburtstag der Bundesrepublik nähert sich mit Gerhard Paul ein renommierter Vertreter der Visual History ihrer Bilderwelt an. Seine zahlreichen Publikationen, darunter das Opus Magnum »Das visuelle Zeitalter. Punkt und Pixel« mit 760 Seiten und über 900 Abbildungen, belegen eindrucksvoll sein weit reichendes Verständnis von Visualität.¹ Paul definiert die Visual History als ein Forschungsfeld, dass »Bilder in einem weiten Sinne sowohl als Quellen als auch als eigenständige Gegenstände der historiografischen Forschung betrachtet und sich gleichermaßen mit der Visualität von Geschichte wie mit der Historizität des Visuellen befasst.«² Der nun vorliegende Band umfasst 75 Jahre Geschichte und bietet auf 600 Seiten mit über 500 Abbildungen abermals eine umfangreiche Materialsammlung. Herausgekommen ist eine vielschichtige Zwischenbilanz der bundesrepublikanischen Bilderwelt.

Die visuelle Geschichte der Bundesrepublik zwischen zwei Buchdeckeln manifestieren zu wollen, legt den Versuch einer Kanonbildung nahe. Paul beginnt jedoch die Geschichte im Sprachbild des Familienalbums und vermittelt dadurch eine besondere Nähe zum Untersuchungsgegenstand: »Die Geschichte unserer alten Dame ist in einem Album mit vielen schwarz-weißen und noch mehr farbigen Bildern festgehalten.« (S.15) Der Autor, Jahrgang 1951, kann und will sich seiner visuellen Zeitzeugenschaft nicht entziehen. So stellt Paul gleich zu Anfang fest, dieses Buch sei »keine Widerspiegelung der Bildgeschichte der Republik und schon gar keine repräsentative.« (S.18) Zugleich verweist der Einstieg indirekt auf die kritische Sichtweise des Historikers Habbo Knoch, der 2009 seine Thesen zum »kollektiven Bildhaushalt« der Bundesrepublik als »Album mit Unschärfen« betitelte.³

¹ Gerhard Paul, Das visuelle Zeitalter. Punkt und Pixel, Göttingen 2016.

² Ders., Visual History. Version 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 13.3.2014, URL: http://docupedia.de/zg/paul_visual_history_v3_de,2014 [15.5.2024].

³ Habbo Knoch, Album mit Unschärfen, 18.5.2009, URL: <https://www.boell.de/de/demokratie/zeitgeschichte-6780.html> [15.5.2024].

Paul greift für die Gliederung seines Bandes auf politische Intervalle zurück und teilt die betrachteten 75 Jahre in »Bonner Republik« (bis 1989), »Berliner Republik« (ab 1990) und »Ampelrepublik« (ab 2021) ein. Die ersten beiden Intervalle entsprechen gängigen Zäsursetzungen in der Zeitgeschichte. Die »Ampelrepublik« erscheint noch ohne historischen Abstand als weitere Zäsur im Buch. Laut Autor verkörpert die »Ampelrepublik« neue »Identitätspunkte« wie »die ökologische Transformation der Wirtschaft, eine neue feministische Außenpolitik, eine antikoloniale Identität sowie Diversität und geschlechtliche Gleichstellung.« (S.17) Thematisch verfolgt der Autor die Geschichte der Bundesrepublik auf drei Ebenen: der »ästhetischen Selbstdarstellung der jeweiligen Republik«, »der Geschichte der bildenden Kunst, der Kunstfotografie und der technischen und elektronischen Bildmedien« sowie der »Bildpraxen«. Dieser Ansatz verweist laut Autor auf den Zusammenhang zwischen den betrachteten Medien und der »kollektiven Identitätsfindung und -bildung« (S.16). Paul versteht die visuelle Geschichte als eine umfassende Bilderwelt, die sich aus Kunstwerken, Bauwerken und verschiedenen Medien wie Fotografien, Plakaten, Film-Stills, Printmedien, Fernsehbildern und Plattformbildern zusammensetzt. So zeigt das Buch zugleich, wie sich die medialen Techniken im Laufe der Jahrzehnte verändert haben und in welchem Neben- und Miteinander verschiedene mediale Einflüsse stehen: vom Plakat und der Zeitung über das Fernsehen bis zum digitalen Zeitalter in einer Welt omnipräsenter Medien. Paul stützt sich hierfür auf Ausstellungskataloge und einschlägige Bildarchive, auf tagesaktuelle Berichterstattung in Print und Fernsehen sowie auf seine eigene stattliche Bildersammlung.

Besonders interessante Zusammenhänge zwischen Bild und Symbolik, technischen Entwicklungen und Publikationsformen ergeben sich für den Zeitraum der Bonner Republik. Hier greift Paul auf die von der Visual History katalysierten Forschungsansätze zur Film-, Fernseh- und Fotogeschichte zurück. Dabei werden unterschiedliche Ebenen der Bildanalyse aufgezeigt. Das Bildmaterial dient zum einen als Quelle für die Verortung gesellschaftlicher Normen und Vorstellungen. Zum anderen schreibt Paul auch eine Beziehungsgeschichte der zeitgenössischen Visualitäten, indem er u.a. auf Funktionen und Bedingungen der jeweiligen Medien eingeht. Ein gutes Beispiel dafür ist das Kapitel »Vom Zuschauer zum Teleflaneur« (S. 124-160). Entsprechend haben die verwendeten Abbildungen im Buch teils eher illustrativen, teils einen belegenden und teils einen eigenständigen Objektcharakter mit kontextualisierenden Qualitäten. Dabei lässt sich fragen wie »jugendlich, braungebrannt« Willy Brandt nun wirklich war, wenn die Rezensentin im Buch auf vier Schwarz-Weiß-Fotografien und ein dezent koloriertes Wahlplakat eines gestandenen Herren schaut, dessen Gesicht hier eher den Farbton »Eierschale« hat (S.49). Eine Petitesse der Bildredaktion oder treffen hier bereits unterschiedliche Bildgedächtnisse aufeinander?

Eine besondere Stärke des Buches besteht darin, zeitgenössische Sichtweisen und übergeordnete Betrachtung mithilfe von lokalen und persönlichen Beispielen zu verknüpfen. Die visuelle Geschichte der Bundesrepublik lebt von symbolhafter Visualität einzelner Motive wie ganzen Konzepten der Darstellung. Dies fließt bei Paul in das Buch ein, indem er in 21 Einzelanalysen nah am Objekt den symbolischen Gehalt der Bilder und dessen Verschiebungen unter verschiedenen Aspekten erörtert. So wird etwa das HB-Männchen zwischen den rauchenden heroischen Darstellungen von Camel und Marlboro eingeordnet (S.196). Das Atom-Ei von Garching wiederum diente in der Modefotografie und auf Wahlplakaten als »Fortschrittsikone« und architektonischer Hinweis auf eine bessere Zukunft, bevor der Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 zu einer Umdeutung führte (S.189-191). Auch ein Bild aus Pauls eigenem Familienalbum findet sich unter den Beispielen. Das unverfängliche Familienbild zeigt eindrucksvoll, wie selbst aus Familienfotos die Spuren des Nationalsozialismus verschwanden. Das unbeschnittene Original zeigte ein Hitler-Porträt an der Küchenwand, im überlieferten Familienalbum verschwand dieser Teil des Fotos (S.107). Bereits in den Publikationen »Bilder einer Diktatur« und (gemeinsam mit Michael Wildt) im Band »Nationalsozialismus« der bpb-Reihe »Zeitbilder« hatte Paul vor der Schablone der

weiterlebenden propagandistischen Bilderwelt eindrucksvoll gezeigt, dass und wie Bilder eine eigene Realität generieren.⁴

Während Paul seinen Untersuchungsgegenstand inhaltlich mit der »Ampelrepublik« bis an die unmittelbare Gegenwart heranführt, bleiben jüngere methodische und bildethische Debatten im Buch unerwähnt, obwohl sich etwa künstlerische Interventionen an kolonialen Bildbeständen mittlerweile etabliert haben. Gerade bei den neueren Beispielen zieht das Erzähltempo an, zu Lasten der konkreten Kontextualisierung am Bild. Verkürzt wirkt etwa Pauls Argumentation im Fall der Politikerin Aminata Touré, die laut ihm zum »personalisierten Ausdruck« eines »neuen Diversity-Diskurses« wurde (S.524f.). Gezeigt wird das Vogue-Cover mit ihrem Porträt; doch eine Thematisierung von Selbstermächtigung im Bild, der Tradition der Politikerinnen-Darstellung, der Fotografin oder der Symbolkraft dieses Aktes, wie sie durch die Besprechungen zum Vogue-Cover von Kamala Harris vielen Leser*innen noch präsent sein mag, findet nicht statt. Eine Betrachtung oder ein Kommentar zur visuellen Darstellung von schwarzen Bundesbürger*innen fehlt.

Das Buch »Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte« ist weitaus vielschichtiger, als es ein Jubiläumsrückblick gemeinhin verspricht, und bietet eine beeindruckende Materialfülle. Die kontextualisierenden Darstellungen im Sinne einer Visual History überzeugen vor allem für Medien wie Fotografie und Fernsehen, insbesondere im Bereich der politischen Darstellungskonventionen. Pauls Wissens und Leistung sind beeindruckend. Aus der Perspektive der jüngeren Forschung lässt die gewählte Betrachtung aber auch Bedürfnisse offen. So benennt Paul etwa selbst die Unterrepräsentation von Arbeitsmigrant:innen in der Bundesrepublik (S. 103), präsentiert jedoch selbst auch keine Fotograf:innen aus eben dieser Gruppe, obwohl private Fotopraktiken ebenso wie künstlerische Ausdrücke existieren. Spätestens wenn über die Zeit der »Ampelrepublik« gesprochen wird, sind auch Diskurse über Plattform-Algorithmen, »For you-Pages« (FYP) und Meme-Kultur unumgänglich. Hier scheinen die traditionellen Methoden der Bildanalyse kaum noch aussagekräftige Rückschlüsse für ein einzelnes Land zuzulassen. Inwiefern eröffnet die Visual History auch Perspektiven für eine nicht mehr rein national zu fassende Mediengesellschaft? Und in Anbetracht der zu Beginn vom Autor eingeräumten Subjektivität wäre schließlich ein selbstreflexives Fazit nützlich gewesen zur Beantwortung der Frage, wie die eigene Zeitzeugenschaft die Arbeit von Historiker:innen an der visuellen Geschichte beeinflusst.

Zitierempfehlung

Miriam Zlobinski, Rezension zu: Gerhard Paul, Die Bundesrepublik. Eine visuelle Geschichte, wbg Theiss, Darmstadt 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81992.pdf>> [15.5.2024].

⁴ Gerhard Paul, Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des »Dritten Reiches«, Göttingen 2020; ders./Michael Wildt, Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte, Bonn 2022.



OLGA SPARSCHUH

Fremde Heimat, fremde Ferne.
Italienische Arbeitsmigration in Turin und München
1950–1975

Wallstein Verlag | Göttingen 2021
718 Seiten, gebunden | 74,00 €
ISBN 978-3-8353-5012-0

rezensiert von

CHRISTOPH LORKE, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster

Das Buch beginnt mit einer Gegenüberstellung: Die Ankunftserfahrungen an den Bahnhöfen Turin und München, an denen Menschen aus dem Süden Italiens eintrafen, dem sogenannten Mezzogiorno oder Meridione – jenem Teil des Landes also, der Regionen wie Apulien, Kampanien, Basilikata, Kalabrien oder die Inseln Sizilien und Sardinien umfasst. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs in den Zielregionen kamen zahlreiche Menschen aus Süditalien in die Industriezentren Europas nördlich der Alpen (Frankreich, Schweiz, Bundesrepublik) oder in das industriell geprägte Dreieck aus den norditalienischen Städten Genua, Mailand und Turin. Schätzungsweise neun Millionen Italiener migrierten zwischen Mitte der 1950er- und den frühen 1970er-Jahren innerhalb Italiens; noch einmal etwa zwei Millionen wanderten in dieser Zeit in die Bundesrepublik aus. Diesen Befund nimmt Olga Sparschuh in ihrer Dissertation zum Anlass, die Bedingungen und Ausformungen dieser Migrationsbewegungen analytisch miteinander zu vergleichen. Eine solche Annäherung an das Thema erscheint zunächst ungewöhnlich, erweist sich jedoch als ein innovativer und weiterführender Zugriff – denn beide migrantischen Gruppen wurden an ihrer neuen Wirkungsstätte als »Fremde« begriffen. Auch bei einer Binnenwanderung innerhalb Italiens mussten nicht allein geographische, sondern immer auch teils erhebliche soziale und kulturelle Grenzen überschritten werden. Obwohl die Menschen hier inländische Arbeiter, dort ausländische »Gastarbeiter« waren, erscheinen folglich ihre Lebenswirklichkeiten und ihre Verständnisschwierigkeiten in der »Fremde« als durchaus vergleichbar.

Mit Turin und München nimmt Sparschuh zwei europäische Großstädte in den Blick, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges große Bevölkerungszunahmen erlebten: Turin, wichtigstes Ziel der inneritalienischen Binnenmigration, wuchs zwischen 1951 und 1961 von 719.000 auf über eine Million Einwohner, München im selben Zeitraum von 855.000 auf ebenfalls knapp über eine Million. Waren unter den Bewohnern von Turin schon 1971 mehr als ein Viertel im Mezzogiorno oder auf den Inseln geboren worden, betrug die Zahl der italienischen Arbeitnehmer in München im Jahr 1974 knapp 30.000 Menschen. In beiden Städten herrschte ein großer Bedarf an industriellen Arbeitskräften, allen voran in der Automobilindustrie (FIAT, BMW, MAN) und anderen Zweigen der Schwerindustrie.

Sparschuh nähert sich ihrem Untersuchungsgegenstand auf einer breiten Quellgrundlage. Knapp 20 Archive in München, Turin und Rom wurden konsultiert, um die kommunale, die staatliche, die betriebliche, die kirchliche und die gewerkschaftsnahe Überlieferung zu rekonstruieren. Auf dieser Grundlage entwirft das Buch in zwei Abschnitten mit insgesamt fünf Kapiteln, deren Befunde jeweils in einer Zwischenbilanz resümiert werden, ein facettenreiches Bild unterschiedlicher Lebensbereiche der Migranten, wie Arbeit, Freizeit, Konsum und Wohnen.

Zunächst werden im Abschnitt »Ankunft« die jeweiligen Migrationsregime auf das Funktionieren ihrer Steuerungs- und Kontrollversuche hin analysiert, wozu rechtliche Regelungen ebenso wie städtische Handlungspraktiken gezählt werden. Besonders auffällig sind dabei die Unterschiede bei der Arbeitsvermittlung: Waren die Wege in die Bundesrepublik nicht zuletzt durch das Anwerbeabkommen von 1955 »geregelter« (wobei Arbeitsmigranten bestehende Lücken durchaus für ihre Interessen nutzen konnten), spielten bei der Binnenmigration personelle Netzwerke und die Kettenmigration eine bedeutsame Rolle. Das Ergebnis war, dass sich Arbeitsmigranten in der Binnenmigration oftmals in einer »semilegalen Randposition der Gesellschaft« (S. 97) befanden. Parallelen zwischen Turin und München gab es dagegen beispielsweise beim grundsätzlichen Umgang der amtlichen Akteure mit der Migration: Dominierte zunächst das Streben nach Regulierung, setzte ab den 1960er-Jahren ein Wechselspiel aus Liberalisierung (EWG-Freizügigkeit) und Kontrollwünschen ein. Zugleich wurde Migration hier wie dort seit den ausgehenden 1960er-Jahren zunehmend in gesellschaftlichen Debatten problematisiert. Auffällig ist ein ähnliches Reagieren der Kommunen auf die Herausforderung der Migration, wobei es sich an beiden Orten immer an den lokalen Erfordernissen orientierte. Je nach Bedarf wurden liberalere oder restriktivere Maßnahmen ergriffen, die nicht immer im Einklang mit nationalen oder europäischen Vorkehrungen stehen mussten. Einengender als in München war in Turin sicherlich, dass sich die Migranten dort aufgrund eines Gesetzes aus faschistischer Zeit nicht ohne Weiteres niederlassen durften, es sei denn, sie besaßen ein Arbeitsangebot.

Ein weiteres Kapitel im Abschnitt »Ankunft« behandelt die zeitgenössischen Vorstellungswelten. Hier widmet sich die Autorin den Wissensbeständen und Alltagsrealitäten, aber auch den Identitäten sowie den Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Migranten. Die Ankunftsbedingungen waren in beiden europäischen Metropolen von überkommenen Klischeevorstellungen über »Nord« und »Süd« bzw. »Stadt« und »Land« geprägt. Diese schlugen sich auch in der Presseberichterstattung und in Teilen der Bevölkerung nieder, wobei laut Sparschuh in Turin eine Regionalisierung bzw. (Sub-)Nationalisierung von Zuschreibungen vorgeherrscht habe. Sparschuh beschreibt die Problemwahrnehmung in der italienischen Presse als tendenziell größer als in der bundesrepublikanischen Presse, wo zunächst eine Willkommenshaltung dominierte, die (ungeachtet von topischen Verweisen auf Kriminalität und andere, ähnlich abwertende Deutungsmuster) grundsätzlich im Vergleich positivere, von Tourismus und Gastronomie geformte Interpretationen bereithielt und in eine »Art Neuerfindung« (S. 257) der Migranten mündete. Interessant ist dann auch der Vergleich für die weiteren Jahre: Während Italiener in München im Laufe der Jahre in ihrer quantitativen Bedeutung allmählich von Türken und Jugoslawien abgelöst wurden und sich ihr Image dabei retrospektiv verbesserte, blieb die negative Wahrnehmung der Migranten in Turin im Großen und Ganzen konstant.

Der zweite Teil (»Lebensbereiche«) gliedert sich in drei Kapitel: Zunächst werden Beschäftigungsmodi und Arbeitswelten der Migranten vorgestellt. Darunter werden unter anderem der Fabrikalltag und Konflikte am Arbeitsplatz, aber auch politische Partizipationsmöglichkeiten im Betrieb, konkret durch die Mitarbeit in Gewerkschaften, sowie Protestverhalten und Streiks gefasst. Letztere waren in Zeiten von Vollbeschäftigung noch weniger problematisch, was sich aber im Zuge der in Turin wie München spürbaren Rezession von 1966/67 und späterer Krisen in den frühen 1970er-Jahren änderte. Dabei zeigten sich die Gewerkschaften im Umgang mit migrantischen Streikaktionen hin- und hergerissen zwischen Solidarität mit den ausländischen Kollegen und der Berücksichtigung der Stimmung unter ihren »eigenen« Arbeitern. Relevant waren für die Migranten auch Aufstiegsversprechen durch betriebliche oder kommunale Angebote der Aus- und Weiterbildung. Die Ungleichbehandlung

zwischen migrantischen und »heimischen« Arbeitnehmern aufgrund vorhandener Qualifikationsunterschiede arbeitet Sparschuh durchaus markant heraus, regelrecht zweigeteilte Arbeitsmärkte seien dadurch entstanden. Hier wie dort verknüpften sich dabei Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur mit der regionalen, sondern auch der sozialen Herkunft. Erwähnenswert ist, dass Migranten in Turin offenbar noch häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt wurden als in München, weil die deutschen Arbeitgeber eher langfristige Arbeitsverträge bevorzugten.

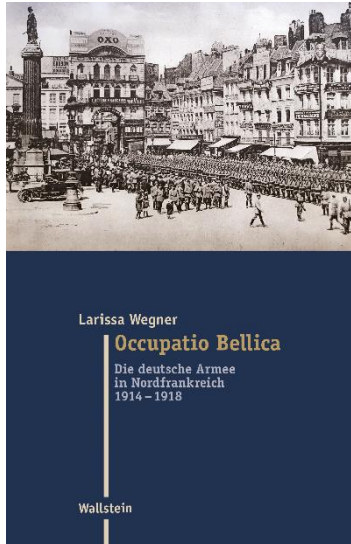
Für den Freizeitbereich hebt die Autorin die schon früh wichtige Rolle der Kirchen und Wohlfahrtsverbände hervor. Erst später wurden auch die Kommunen und Betriebe verstärkt aktiv, deren Maßnahmenspektrum Sparschuh entlang der Begriffe Assimilation, Integration, Exklusion und Segregation ordnet. Mit Blick auf die Konsummuster der Migranten zeichnet sie ein Bild beschränkter Möglichkeiten. Die Kontaktmöglichkeiten mit Einheimischen etwa blieben begrenzt, weil sich viele Migranten in Bars und Gaststätten nicht willkommen fühlten. Diese wichtigen Hinweise auf alltagsgeschichtlich relevante Belange finden ihre Fortführung in der Betrachtung politischer Partizipationsstrukturen, die sich durch Vereinsgründungen in Stadt und Umland sowie migrantische Interessensvertretungen ergaben. Dieses Kapitel bleibt in gewisser Hinsicht disparat, wobei sich sowohl in Turin als auch in München Tendenzen der Segregation und ein eher zögerliches Aneignen der Stadtgesellschaft durch die Migranten zeigen.

Prozesse der Segregation finden sich auch im Kapitel über die Unterkünfte der Arbeitsmigranten, die anfangs in Turin wie München einen eher provisorisch-kurzfristigen Charakter trugen. Erst mit der Zeit entwickelten die Städte und die Unternehmen Lösungen für dieses Problem, die dann aber teils eher halbherzig umgesetzt wurden. Den Arbeitsverträgen zum Dank, waren die Unterkünfte in München in der Regel besser, bei aller Einfachheit. Eindrücklich beschreibt Sparschuh die Diskriminierungserfahrungen, die Arbeitsmigrantinnen in beiden Städten auf dem Wohnungs- markt machten, als sie im Laufe der 1960er-Jahre verstärkt begannen, sich eigenständig auf Wohnungssuche zu begeben. Das erzwungene Ausweichen auf Wohnlagen am Rande der Stadt – wie Hasenberg in München – aber auch das Wohnen in maroden Altstadtvierteln führten schnell zu Ghetto-Diskussionen, die mit allerlei überkommenen Stereotypen angereichert waren.

Die Studie, die indirekt auch viel über das Entstehen und Fortwirken sozialer Ungleichheiten im Stadtraum erzählt, berührt viele wichtige Themen, die für die Migrationsgeschichte von weiterführender Bedeutung sind. Dazu gehört etwa die Aushandlung von Zugehörigkeiten und den damit verbundenen Vorstellungen von »Eigen« und »Fremd«. Wo der europäische Kontext der Arbeitnehmerfreizügigkeit berührt wird, ergibt sich ein wichtiger Aktualitätsbezug zu fortlaufenden Debatten, zu deren historisierender Perspektivierung das Buch beitragen kann. Die Darstellung hat in Teilen ihre Längen, ist aber nicht zuletzt deswegen reizvoll, weil sie nationalstaatliche Rahmungen analytisch gewinnbringend herausfordert. Sie kann als Plädoyer verstanden werden, komparative Stadtgeschichte für die historische Erforschung moderner Migrationsbewegungen zu nutzen. Denn gerade der lokalgeschichtliche Fokus und der Vergleich örtlicher Migrationsregime vermag es, wie hier eindrücklich aufgezeigt, nicht nur städtische Eigendynamiken nachzuvollziehen, sondern davon ausgehend interpretatorische Angebote für die Historisierung der Europäischen Migrationsgeschichte zu formulieren.

Zitierempfehlung

Christoph Lorke, Rezension zu: Olga Sparschuh, *Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975*, Wallstein Verlag, Göttingen 2021, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81993.pdf>> [15.5.2024].



LARISSA WEGNER

Occupatio Bellica.

Die deutsche Armee in Nordfrankreich 1914-1918
(Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts-
und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts,
Bd. 36)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
522 Seiten, gebunden | 48,00 €
ISBN 978-3-8353-5370-1

rezensiert von

JAKOB MÜLLER, Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin

Die vorliegende Arbeit widmet sich der deutschen Besatzung Nordfrankreichs während des Ersten Weltkriegs, ein Thema, das bisher vor allem aus der Perspektive der Besetzten erzählt wurde. Wegner macht es sich nun zur Aufgabe, es aus Sicht der Besatzer zu beleuchten. Sie hat hierfür in großem Umfang deutsche militärische Quellen ausgewertet. Die Autorin ordnet ihre Forschung in die Debatte um die Totalisierung der Kriegsführung während des Ersten Weltkriegs ein. Nicht nur Armeen, sondern ganze Gesellschaften wurden mobilisiert und die Zivilbevölkerung in die Kriegsführung einbezogen. Hierbei drängt sich die Frage nach den Kontinuitäten auf. Welche Entwicklungen nahmen 1914 ihren Anfang und mündeten in den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs?

Nordfrankreich bietet sich für eine solche Untersuchung an, stand es doch in beiden Kriegen zu weiten Teilen unter deutscher militärischer Besatzung. Beim Einmarsch 1914 kam es zu Massakern an Zivilisten, die verdächtigt wurden als »Franktireure« in die Kampfhandlungen eingegriffen zu haben. Unter der Kontrolle des Militärs wurden nicht nur Landwirtschaft und Industrie von der Besatzungsmacht für ihre Zwecke eingesetzt, sondern auch die Arbeitskraft der Nordfranzosen. Arbeiter wurden nach Deutschland deportiert und in den berüchtigten Zivil-Arbeiter-Bataillonen mussten Zivilisten auch unmittelbar hinter der Front Zwangsarbeit leisten. Bei ihren Rückzügen 1917 und 1918 verwüsteten die Deutschen zudem ganze Landstriche. Letzteres klammert Wegner als vorwiegend militärtaktische Maßnahme allerdings aus der Untersuchung aus.

Mögliche Kontinuitäten zum Zweiten Weltkrieg spielen in der Untersuchung eher eine untergeordnete Rolle, stattdessen behandelt sie die Besatzung Nordfrankreichs als Untersuchungsgegenstand eigenen Rechts. Insgesamt ist die Autorin gegenüber der These einer Radikalisierung der Kriegsführung eher skeptisch. So fanden Massaker an Zivilisten zwar zu Beginn des Kriegs statt, aber später nicht mehr. Von einer Radikalisierung könne hier also keine Rede sein, so Wegner. Im Gegenteil könne gefragt werden, ob es nicht auch Faktoren gebe, um Radikalisierungsprozesse während eines Kriegs zu stoppen. Und in der Tat, auch die

Deportationen von Zwangsarbeitern wurden schließlich beendet, wofür internationaler Protest verantwortlich war, aber eben auch deutsche Verantwortliche, die für dessen Argumente zugänglich waren.

Inwieweit war also eine spezifische »military culture« für das deutsche Vorgehen verantwortlich? Diese von Isabel V. Hull formulierte These wird vor allem von konservativen Militärhistorikern als Herausforderung betrachtet.¹ Wegner widmet sich dieser Frage differenziert, akribisch und ohne Polemik. Ihr Ausgangspunkt ist dabei die Debatte um eine Kodifizierung des Kriegsrechts vor dem Ersten Weltkrieg, welcher der umfangreiche erste Teil des Buches gewidmet ist.

Während die Genfer Konvention von 1864 vor allem den Schutz verwundeter Soldaten behandelte, sollten die Brüsseler Konferenz von 1874 und die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 die Rechte und Pflichten der kriegführenden Parteien regeln. Insbesondere die Zivilbevölkerung sollte so vor der Kriegsgewalt geschützt werden. Ob und wie sich Zivilisten an der Verteidigung gegen einen Angreifer beteiligen durften, war hierbei besonders umstritten. Die Niederlande, Belgien und die Schweiz (die Wegner etwas anachronistisch als »Kleinststaaten« tituliert) sahen als potentielle Angriffopfer Widerstand als eine patriotische Bürgerpflicht an. Deutschland argumentierte hingegen für eine klare Trennung zwischen Zivilisten und Kombattanten, womit es keineswegs alleinstand. Auch Russland und Österreich-Ungarn vertraten diese Position. Dennoch akzeptierte auch Deutschland grundsätzlich das Recht der Bevölkerung sich gegen eine Invasion zu verteidigen, setzte ihm allerdings enge Grenzen. Eine Beteiligung an Kämpfen war nach der Haager Landkriegsordnung nur gegen einen »herannahenden« Feind zulässig, also nicht nach dem Ende der Kampfhandlungen im bereits besetzten Gebiet. Zudem wurden Zivilisten verpflichtet, sich durch Abzeichen und »offenes Tragen« der Waffen als Kombattanten kenntlich zu machen.

Wegner weist zurecht darauf hin, dass die deutsche Ablehnung des »Volkskriegs« ausschließlich opportunistischen Gründen entsprang. Zu widersprechen ist ihr allerdings, wenn sie resümiert, dass während »der Invasion Belgiens und Nordfrankreichs [...] die nicht nur von den [deutschen] Militärdelegierten prophezeiten schrecklichen Konsequenzen eines Volkskrieges grausame Realität« wurden (S. 69). Erstens fand kein »Volkskrieg« statt, auch wenn sich an einzelnen Orten Zivilisten an Kämpfen beteiligten. Zweitens hatte am Entstehen der »grausamen Realität« der Massaker im August und September 1914 eine deutsche Militärdoktrin großen Anteil, welche – wie die Autorin an anderer Stelle herausarbeitet – stark von den Erfahrungen des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71 geprägt war. Sie bestätigt damit eine These von John Horne und Alan Kramer, die in den letzten Jahren bezweifelt worden war.² Zudem waren die deutschen Soldaten bereits vor dem Einmarsch überzeugt auf Zivilwiderstand zu stoßen. Hierfür sorgten die Berichterstattung in der Presse, aber auch das Militär selbst. So wurden in einigen Einheiten noch im Oktober 1914 »Stricke zum Aufhängen der Frantkireurs« verteilt (S. 133). Die Gewalt war also nicht die Konsequenz eines Volkskriegs, sondern vor allem Resultat einer *self-fulfilling prophecy* (S. 491).

Problematisch ist die Aussage, »nach heutigem Forschungsstand« lasse sich nicht abschließend klären, ob es einen »Frantkireurkrieg« gab (S. 145). Die einzigen Belege für einen solchen Untergrundkrieg sind deutsche Soldatenaussagen, von denen die Autorin an anderer Stelle schreibt, dass ihnen in dieser Frage kein Beweiswert zukomme (S. 128). Was sich aus den Zeugnissen deutscher Soldaten und Dienststellen hingegen herausarbeiten lässt, ist das deutsche Rechtsverständnis, und das leistet das vorliegende Buch in erfreulicher Gründlichkeit. Es kommt zu dem Ergebnis, dass in dieser Rechtsauffassung Erschießungen ohne Gerichtsverfahren, Geiselnahmen und -hinrichtungen sowie Kollektivstrafen gegen die Bevölkerung legitimer Teil der Kriegsführung waren. Auch wenn diese Maßnahmen nicht »eindeutig völkerrechtswidrig«

¹ Isabel V. Hull, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca 2005; vgl. dagegen Peter Lieb, *Der deutsche Krieg im Osten von 1914 bis 1919. Ein Vorläufer des Vernichtungskriegs?*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 65, 2017, S. 465-506.

² Vgl. John Horne/Alan Kramer, *Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit*, Hamburg 2018.

gewesen seien, so bliebe doch festzuhalten, dass »die deutsche Armee grundsätzlich die für die Zivilbevölkerung härteste Rechtsauslegung wählte.« (S. 218)

Diese Praxis lässt sich auch in der Verwaltung der besetzten Gebiete Nordfrankreichs erkennen. Beim Einsatz von Zwangsarbeitern, die laut Haager Landkriegsordnung nicht zu »Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland« herangezogen werden durften, bewerteten die Deutschen etwa lediglich die unmittelbare Teilnahme an Kampfhandlungen als unter diese Definition fallend. Französische Arbeiter wurden daher auch zum Stellungsbau in unmittelbarer Frontnähe verwendet. Die Zustände in den Zivil-Arbeiter-Bataillonen führten zu einer hohen Sterblichkeit unter den Zwangsarbeitern, zudem kam es vielfach zu Misshandlungen durch Bewacher. An dieser Stelle hätte die Schilderung von den Zeugnissen Betroffener profitieren können, zumal andererseits viel Einfühlungsvermögen für die beteiligten Militärs gezeigt wird. Wenn es etwa heißt, die Zwangsarbeiter seien »nicht gezielt in der Feuerzone eingesetzt worden« (S. 484), oder die Zustände in den Arbeitslagern seien strukturell bedingt gewesen, ihnen habe aber »kein ›inhumaner Wille‹« zugrunde gelegen, »die Arbeiter absichtlich oder willentlich zugrunde« zu richten (S. 486), so scheint doch sehr die Perspektive der militärischen Quellen durch.

Das gilt auch für Wegners Feststellung, weder »Nahrungsentzug, ›strenger Arrest‹, noch das stunden- oder tagelange ›Stehenlassen‹ wurde[n] in der deutschen Armee als Misshandlung eingestuft, sondern waren eine übliche und als erlaubt betrachtete Disziplinierungsmaßnahme.« (S. 477) Gänzlich fehlt geht die die Autorin, wenn das Setzen von Anreizen in den Lagern als Hinweis interpretiert wird, dass das System der Zwangsarbeit »weder im Großen noch im Kleinen die letzte, vollständig entgrenzende Schwelle überschritt« (S. 482). Anreize und Privilegien waren sogar im NS-Lagersystem bewährte Mittel.

Trotz dieser Kritikpunkte ist »Occupatio Bellica« eine gelungene Studie zur deutschen Besatzung Nordfrankreichs während des Ersten Weltkriegs. Künftige Studien etwa zu Kontinuitäten zur Besatzungspraxis von 1940 bis 1944 können auf ihr aufbauen. Die Autorin arbeitet überzeugend heraus, dass trotz einer grundlegenden Skepsis das Kriegsvölkerrecht eine wichtige Richtlinie für das Handeln der deutschen Truppen und der Besatzungsverwaltung darstellte. Die Analyse des deutschen Vorgehens gegen vermeintliche »Franktireure« ist ein wichtiger Beitrag zur Debatte über die »German Atrocities« von 1914.

Zitierempfehlung

Jakob Müller, Rezension zu: Larissa Wegner, *Occupatio Bellica*. Die deutsche Armee in Nordfrankreich 1914–1918, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81994.pdf>> [24.5.2024].



ANNA STROMMENDER

Zwischen Herkunft und Zukunft.
»Heimat« in der Sozialdemokratie vom späten
Kaiserreich zur Weimarer Republik
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 250)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2023
381 Seiten, gebunden | 65,00 €
ISBN 978-3-525-37106-0

rezensiert von

VINCENT DOLD/IMOGEN WILKINS, Humboldt-Universität zu Berlin

Anna Strommenger untersucht im vorliegenden Buch, hervorgegangen aus ihrer Dissertation, die politischen Implikationen sozialdemokratischer Heimat-Bezüge im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Mit reformorientierten Akteuren der Weimarer SPD und des sozialistischen »Natur«-Milieus wie der deutschen Sparte des »Touristenvereins »Die Naturfreunde« fokussiert ihre Studie auf die national integrierte und mit kulturpolitischer Gestaltungsmacht ausgestattete Sozialdemokratie primär der 1920er-Jahre. Vor dem Hintergrund der geläufigen Topoi bürgerlich-konservativer Vergangenheitsbezüge zielt Strommenger auf neue Erkenntnisse »für die geschichtswissenschaftliche Einschätzung der Sozialdemokratie einerseits, der gesellschaftlichen Heimat-Konjunkturen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert andererseits« (S. 10). In Anknüpfung an den aus der englischsprachigen Forschung stammenden methodischen Ansatz, Heimat als »modern imagining« zu konzeptualisieren, unternimmt Strommenger eine um die Sozialdemokratie erweiterte Pluralisierung der historischen Heimat-Bezüge.¹ Damit trägt sie zugleich zu einem differenzierten Verständnis sozialdemokratischer Zugehörigkeitsvorstellungen und Zugehörigkeitspraktiken zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik bei.

Die Arbeit ist entlang der analytischen Kategorien »Räume der Heimat«, »Zeiten der Heimat« und »Zugehörigkeit und Heimat« in drei Hauptkapitel gegliedert, wobei jeweils auf eine problemorientierte geschichtswissenschaftliche Einbettung eine Untersuchung von Semantiken und Praktiken folgt. Eingerahmt werden diese drei Kapitel von einem Prolog zur Genese der Heimatdiskurse bis zur Novemberrevolution und einem Epilog zur Zuspitzung der Debatten um Heimat im Übergang zum Nationalsozialismus. Der gelungene räumliche Zuschnitt der Untersuchung auf die zwei Regionen Pfalz (mit einem Fokus auf den Raum Ludwigshafen) und Sachsen (mit einem Fokus auf den Großraum Dresden, insbesondere Freital) erlaubt es, »zentrale Kernpunkte und typische Verwendungsweisen« sozialistischer Heimat-Konzepte anhand eines breiten Samples von Quellen unterschiedlichster Gattungen aufzuzeigen (S. 19). Neben lokalen Archivalien finden sich überregionale politische und literarische Schriften, Zeitschriften und

¹ Vgl. Celia Applegate, A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley 1990.

regionale Tageszeitungen, Arbeiterkalender, Maipostkarten, Fotografien und Arbeiterliederbücher. Zentriert werden diese Quellen durch einen Fokus auf regionale SPD-Bezirke und sozialdemokratische Kommunalpolitiker sowie auf die lokale und regionale Arbeiterkulturbewegung.

Beginnend mit Heimat-Räumen, untersucht Strommenger, wie lokale, regionale und nationale Räume als materielle Realitäten diskursiv gedeutet und praktisch verändert wurden. Sie betont, dass die durch die Novemberrevolution angeeigneten Heimat-Räume nicht statisch, sondern als veränderbare Orte konzipiert waren. Die Republik sollte in der Region verankert und damit zur Heimat werden. Dass in den Unterkapiteln Diskurse und Praxen getrennt untersucht werden, ist ein nachvollziehbarer Ordnungsversuch. Vor allem im ersten Unterkapitel führt dies aber dazu, dass Praktiken primär als Umsetzungen, Spiegelungen und Abbildungen von Diskursen untersucht werden. Das anvisierte »Wechselverhältnis« (S. 113) zwischen Semantiken und Praktiken bleibt hier mehr Behauptung als Befund, obschon Strommenger ihrem Quellenmaterial, etwa zu den Naturfreunde-Ausstellungen in der Pfalz, durchaus geeignete Befunde für diese Frage abgewinnt. Die Analyse dieses Materials hätte stellenweise genauer ausfallen und auch von einer tieferen Einbettung in bestehende Forschungsdiskussionen profitieren können, zum Beispiel in der dennoch bemerkenswerten Wiederentdeckung früher sozialdemokratischer Heimat-Ausstellungen in Freital. Vorrangige Referenzpunkte der Untersuchung bleiben an dieser Stelle diskursive Großnarrative wie der »Gegensatz zwischen Natur und Geschichte« (S. 142). Tatsächlich konnten aber Natur, Heimat und Modernisierung gerade durch die Praxis naturgeschichtlicher Heimatforschung in ein äußerst produktives Verhältnis gebracht werden, wie jüngst Nils Güttler am Beispiel des im Kaiserreich sozialpolitisch engagierten Heimatforschers Wilhelm Kobelt und seiner Arbeit am »Heimat-Raum« Rhein-Main gezeigt hat.²

Heimatbezüge zeichneten sich nach 1918 durch eine zunehmende Gegenwartsorientierung aus, wie Strommenger im zweiten Hauptkapitel argumentiert. Im Kaiserreich galten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft noch als Abfolge, bei welcher die Arbeiterschaft zunächst durch das vormoderne Heimatrecht exkludiert wurde, dann in der Arbeiterbewegung eine temporäre Übergangsheimat findet, aber erst in der Zukunft in einer sozialistischen Heimat endgültig aufgehoben sein würde. Dieses Verständnis von Heimat differenzierte sich je nach (kultur-)politischen Handlungsmöglichkeiten und entlang eines vervielfältigten Zeitbezugs der Akteure aus. In der »Hochphase des gegenwartsbezogenen Heimat-Verständnisses« (S. 227) orientierten sich Zeitschriftenbeilagen wie die von Hans Loschky konzipierten pfälzischen Blätter »Bei uns Daheim« und »Die Welt der Kleinen« an den Prinzipien bürgerlicher Heimatkunde. Durch die »Adaption etablierter kultureller Formen« (S. 230) näherte sich die sozialdemokratische Praxis trotz diskursiver Abgrenzung dem bürgerlichen Heimatbezug an.

Das dritte Hauptkapitel untersucht heimatbezogene Zugehörigkeitsvorstellungen der Sozialdemokratie unter der Frage, wie der spezifisch sozialistische Heimatbegriff – »die Hoffnung auf eine versöhnte und sichere, noch in der Zukunft liegende internationalistische Heimat« (S. 277) – im Verhältnis zu einem auf die Demokratisierung von Regional- und Nationalräumen ausgerichteten Heimatbegriff einerseits und politisch rechtslastigen, völkischen Auslegungen des Begriffs andererseits zu gewichten ist (eine Frage, die im Epilog gelungen weiterentwickelt wird). Strommenger konstatiert, dass um 1930 herum anstelle der ehemals dominierenden »Zukunftsorientierung« des sozialdemokratischen Heimatbegriffs auch in der Arbeiterbewegung Vorstellungen dominant wurden, die diskursiv »Elemente des Nationalsozialismus vorwegnahmen« (S. 278). Damit war die 1918 noch integrativ wirkende »Bedeutungsoffenheit und begriffliche Ambivalenz« (S. 333) des Heimatbegriffs gegen Ende der Weimarer Republik einem politischen Konfliktfeld gewichen, gerade weil sich mit ihm so unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe verbinden ließen. Die Untersuchung der »Heimat-Praktiken« (S. 326) des Wanderns, der Heimat-Fotografie sowie einzelner Facetten sozialdemokratischer Volks- und Geschichtskultur hätte noch die Frage nach den sozialdemokratisch hergestellten Gemeinschafts-

² Nils Güttler, *Nach der Natur. Umwelt und Geschichte am Frankfurter Flughafen*, Göttingen 2023, S. 66-79.

und Exklusionserfahrungen bereichern können – nicht zuletzt in Hinblick darauf, welche sozialen Hierarchien durch die sozialdemokratische Heimat-Praxis produziert bzw. reproduziert wurden.

Resümierend hält Strommenger fest, dass die »Schnittstellen zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Heimatbewegung« überraschend ausgeprägt waren und die Heimatbewegung somit als politisch vielfältiger verstanden werden muss, als bisher angenommen wurde (S. 343). Zugleich kann sie die Sozialdemokratie als einen Akteur der »Politisierung von Heimat in der deutschen Gesellschaft« identifizieren, weshalb die sozialdemokratischen Heimat-Bezüge nicht als ein »separates Additivum« sondern als zusätzliche Dynamisierungen der Heimatbewegung(en) zu verstehen seien (S. 343f.).

Es sei kritisch angemerkt, dass die politischen Konflikte um das Heimat-Konzept innerhalb der Sozialdemokratie eine ausführlichere Besprechung verdient gehabt hätten. Durch die Begrenzung auf den reformorientierten Teil der Arbeiterbewegung und den zeitlichen Fokus auf die 1920er-Jahre werden diese teilweise ausgeklammert. Die marxistische Vorstellung, dass die globale Dimension des Kapitalismus eine heimatlose und damit weltrevolutionäre internationale Arbeiterklasse herstelle, wird vorrangig in der nur knapp betrachteten Zeitphase des Kaiserreichs verortet. Gegenläufige nationalistische Tendenzen und Praxen der Heimatverbundenheit in der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg finden ebenso nur beiläufig Erwähnung wie kommunistische Strömungen, die auch nach Ende des Ersten Weltkriegs an weltrevolutionären Ambitionen festhielten. Strommenger hätte ihre Befunde durchaus noch stärker in Beziehung zur Forschung über Nationalismus und Internationalismus in der langen Geschichte der Arbeiterbewegung setzen können.³

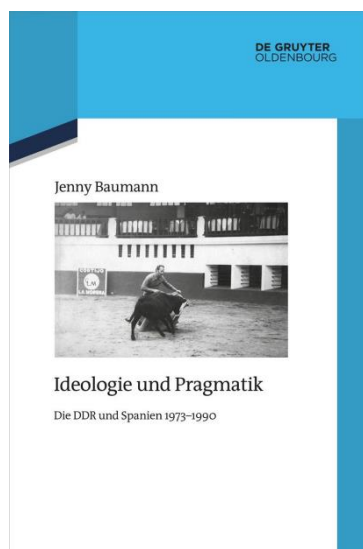
Mit Blick auf die Zuspitzung der Konflikte um das Heimat-Konzept gegen Ende des Untersuchungszeitraums weist Strommenger zwar darauf hin, dass zentrale Akteure wie Hans Loschky (der unter dem NS-Regime an der Kinderbeilage »Wir sprechen deutsch« beteiligt war) sowie Karl und Robert Söhnle »auch in den eigenen Reihen in die Kritik« gerieten (S. 325). Welche Rolle aber sozialdemokratische Heimatverständnisse für eine mögliche Anpassung an das NS-Regime spielten, oder ob sie umgekehrt auch eine Ressource für widerständige Haltungen und Praxen sein konnten, wird nicht erörtert.

Trotz dieser Kritik ist Strommenger mit ihrer Untersuchung über sozialdemokratische Heimatverständnisse und Heimatpraktiken »zwischen Herkunft und Zukunft«, so der treffende Titel, ein aufschlussreicher, weil die zeitgenössischen Ambivalenzen sorgfältig auslotender Beitrag gelungen, an den sich vielfach anknüpfen lässt. Die Frage danach, wie sich »Heimat« verstehen, machen und damit erfahren lässt, ohne in allzu bekannte Abgründe zu stürzen, bleibt angesichts einer ungebrochenen kapitalistischen Modernisierungserfahrung aktuell.

Zitierempfehlung

Vincent Dold/Imogen Wilkins, Rezension zu: Anna Strommenger, Zwischen Herkunft und Zukunft. »Heimat« in der Sozialdemokratie vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81995.pdf>> [21.5.2024].

³ Vgl. Talbot Imlay, *The Practice of Socialist Internationalism. European Socialists and International Politics, 1914-1960*, Oxford 2017; Gleb J. Albert, *Das Charisma der Weltrevolution, Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917-1927*, Köln 2017.



JENNY BAUMANN

Ideologie und Pragmatik.
Die DDR und Spanien 1973-1990
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte,
Bd. 142)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2023
405 Seiten, gebunden | 64,95 €
ISBN 978-3-11-114121-3

reviewed by

XAVIER MARÍA RAMOS DIEZ-ASTRAIN, Universidad Complutense de Madrid

Until recently, the history of relations between Spain and the German Democratic Republic (GDR) was a little-studied topic in historiography. The secondary position of both players in the Cold War meant that neither Spanish nor German historians paid much attention to bilateral relations between the two countries. In recent years, however, several studies have shed new light on the role of subordinate actors in the bloc dynamics of the Cold War. In this context, several studies on relations between Spain and the GDR have been published, most of them in Spain.¹ Jenny Baumann's study »Ideologie und Pragmatik. Die DDR und Spanien 1973–1990« from 2023 is the first major contribution on this topic from German historiography (although there had already been some previous studies on partial aspects).² Her work reflects a broad knowledge of both areas, supported by a solid analysis of the sources.

The book's subtitle seems modest in relation to the book's content, as »Ideologie und Pragmatik« deals quite extensively also with the period between 1949 and 1973. In those years, Spain and the GDR had no direct relations and did not officially recognise each other. However, their mutual existences were very relevant for both. The GDR based part of its self-portrayal as anti-fascist state on the struggle of several German interbrigadists in the Spanish Civil War, which was seen as a vital episode of the anti-Hitler struggle in Germany itself. In addition, there was constant East-German support for the anti-Franco struggle of the Communist Party of Spain (PCE). Franco's anti-

¹ Cf. José M. Faraldo/Carlos Sanz Díaz (Eds.), *La otra Alemania. España y la República Democrática Alemana (1949-1990)*, Granada 2022; Xavier María Ramos Diez-Astrain, *A través del Telón de Acero. Historia de las relaciones políticas entre España y la RDA (1973-1990)*, Madrid 2021; cf. *id.*, *Las relaciones entre España y la República Democrática Alemana: un campo de estudio en auge*, in: Blog del CEPC, 22.11.2022, URL: <<https://www.cepc.gob.es/blog/las-relaciones-entre-espana-y-la-republica-democratica-alemana-un-campo-de-estudio-en-auge>> [24.05.2024].

² Cf. Andreas Jüngling, *Alternative Außenpolitik. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR und Franco-Spanien (1947-1975)*, Berlin 2017; Tim Haberstroh, *Die DDR und das Franco-Regime. Außenpolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus*, Schkeuditz 2011; Michael Uhl, *Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR*, Bonn 2004.

communist regime, for its part, found an important ally in the Federal Republic of Germany (FRG) in its rapprochement with the European communities and NATO. It was therefore particularly zealous in its support for the West-German Hallstein Doctrine. Against this difficult background, only lukewarm economic and cultural relations developed.

The establishing of diplomatic relations between Spain and the GDR in 1973 was then, as Baumann reconstructs, the result of a combination of internal and external factors, such as the relaxation of the West German position and the loss of influence of the most ideological actors on both sides. The GDR was the first socialist country to establish diplomatic relations at the highest level with Franco's Spain. But the relationship remained difficult. The GDR suspended relations again as early as 1975 in a gesture of protest against the last five executions in Spain; a gesture which, in the author's opinion, was essentially propagandistic and whose consequences were not properly assessed. Diplomatic relations were not re-established until April 1977, when Spain (in the midst of transition to democracy) had already normalized its relations with the other Warsaw Pact states.

From 1977 onwards, Baumann distinguishes two phases in relations between Spain and the GDR. The first phase corresponds to the period of government of the Union of the Democratic Centre (UCD) from 1977 to 1982, a coalition that included the reform-oriented factions of the former Franco regime. The author describes how the SED regime built up a network of contacts in Spain with a large number of dialogue partners during this period, while the Spanish government showed only little interest in the relationship. Among these dialogue partners was also the Spanish Socialist Workers' Party (PSOE), which won the 1982 elections under the leadership of the young Sevillian lawyer Felipe González. Under the González government, relations between Spain and the GDR underwent a phase of expansion. The GDR paid close attention to relations with Spain, despite its entry into NATO in 1982 and its ratification in a referendum on 12 March 1986. For its part, Spain maintained a friendly attitude towards the GDR and other socialist states despite its increasing integration into the Western sphere (including joining the European Communities in 1986), but without giving it priority. When the East German regime went into terminal crisis in 1989, Spain concentrated its efforts on supporting unification.

Reconstructing effectively the general features of the history of relationships, the book reveals many strengths but also some weaknesses. The main challenge for a study that deals with a topic that has already been investigated is to bring novelty to it. This is not always achieved by Baumann. Nevertheless, »Ideologie und Pragmatik« does provide some relevant new perspectives. One of the aims Baumann sets herself in the introduction is to analyze the relationship between Spain and the GDR, including the triangular relationship with the Federal Republic - and in doing so to take into account above all the East German endeavour to take an independent, not secondary, position as a state representative of German culture in Madrid. Meticulous work on the sources makes this aspect (which has been dealt with in lesser depth in other studies) perhaps the most striking aspect of this book. In contrast, »Ideologie und Pragmatik« does not shine as brightly in its analysis of GDR-Spain relations as part of the socialist countries' relations with Spain. Multilateral issues are somewhat blurred compared to the weight of bilateral aspects. The role of the GDR as an integral part of the Warsaw Pact is present in the book, but does not form its actual backbone. Greater attention to the efforts of the GDR and the Soviet bloc to prevent Spain's entry into NATO or to qualify its membership of the alliance would contribute, however, to a better understanding of some issues. These include, for example, the efforts made by the GDR to win the recognition of the Spanish public through cultural and propaganda activities (in competition with West Germany), or the willingness of the SED to reorganize relations with the PCE when the latter had lost its former significance.

Another strength of »Ideologie und Pragmatik« is its detailed analysis of the many different factors in the relationship between the GDR and Spain. Baumann has done a great job in weighing up the weight of the various political and social actors, both internal and external: the respective governments, political parties, cultural actors, social organizations, economic actors, and, in particular, the FRG. The book thus quite convincingly combines a very comprehensive overview with the transnational approaches of recent historiography of international relations. However,

the result has also some weaknesses. Occasionally there is an excess of zeal in the individualization of each actor in the play. This is the case, for example, with the PSOE leaders involved, whose differences (which were sometimes simply based on different functions in the apparatus) lead the author to differentiate between »friends« and »sympathisers« of the GDR and the rest. Alfonso Guerra can hardly be considered a friend or sympathiser of the GDR or of communism in general. Moreover, the separate consideration of the individual actors and factors leads to numerous leaps in time, which often make it difficult to follow the narrative thread (especially for reader unfamiliar with the subject).

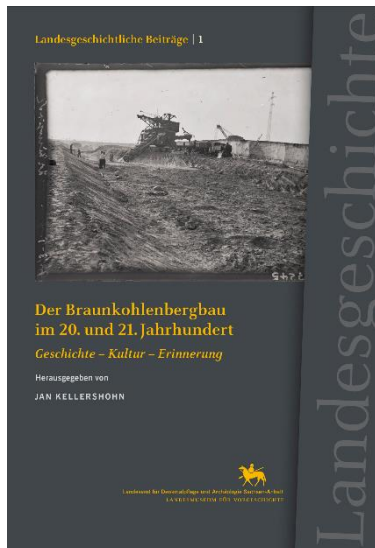
As already noted, the work on sources is very extensive and meticulous. With references from thirteen archives and fifty-two periodicals from Spain and Germany, Baumann has accomplished an overwhelming feat in analyzing primary sources. In addition, there is an abundant bibliography. However, the bibliographical apparatus could have been strengthened, which in turn would have made the work more robust. What is missing is a stronger dialogue with the existing literature on the subject, which is scarcely considered, and especially with the literature that deals with other issues of relations (political or economic) between Spain and Eastern Europe. This would also have helped to avoid some minor errors, such as the assertion that the bilateral trade agreement was denounced by Spain in 1986 as a consequence of the declining attractiveness of the East German market (in reality, it was a consequence of Spain's entry into the EEC, which monopolized this type of agreement, and had been anticipated by the GDR). It would also have been useful to pay more attention to the abundant literature on Spanish communism.

Finally, it is worth mentioning a problem that affects this book as well as other research on this subject. Access to Spanish sources is considerably more difficult than to German sources. As a result, all studies tend to overemphasize the East German perspective over the Spanish one, whose actors cannot be examined with the same meticulousness. It is to be expected, however, that the gradual opening of Spanish sources will resolve this problem sooner rather than later. As for »Ideologie und Pragmatik«, Baumann's efforts to circumvent this limitation as far as possible should be emphasized.

Despite some weaknesses, »Ideologie und Pragmatik« is a solid, coherent work that makes valuable contributions to knowledge about relations between Spain and the GDR. Its differentiated approach sets it apart from other works on this and similar topics. As such, the book is highly recommended reading.

Zitierempfehlung

Xavier María Ramos Diez-Astrain, Rezension zu: Jenny Baumann, Ideologie und Pragmatik. Die DDR und Spanien 1973–1990, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81996.pdf>> [24.5.2024].



JAN KELLERSHOHN (HRSG.)

Der Braunkohlenbergbau im 20. und 21. Jahrhundert.
Geschichte - Kultur - Erinnerung
(Landesgeschichtliche Beiträge, Nr. 1)

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt |
Halle (Saale) 2023
298 Seiten, gebunden | 45,00 €
ISBN 978-3-948618-52-0

rezensiert von

CHARLOTTE KALENBERG, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

So wie das Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland 2018 zum Rückblick einlud, so gibt nun auch das für das Jahr 2038 geplante Ende der Kohleverstromung Anlass, den Braunkohlenbergbau historisch zu untersuchen. Die Verteilung der Braunkohlereviere in Deutschland über verschiedene Regionen und Bundesländer hinweg ermöglicht dabei vielseitige regional- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf den Bergbau, ob in Mitteldeutschland, der Lausitz, der Oberpfalz oder im Rheinischen Revier.

Der hier besprochene Band basiert auf einer Tagung zum Braunkohlenbergbau, die im Dezember 2021 im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle stattfand, und ist als erster Band der neuen Reihe »Landesgeschichtliche Beiträge« des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt erschienen. Der Band hat das Ziel, eine transregionale Perspektive auf den Braunkohlenbergbau zu fördern und interdisziplinäre Ansätze zu entwerfen, mit denen die Geschichte des Braunkohlenbergbaus und der mit ihm verbundenen Industriekultur geschrieben werden kann. Jan Kellershohn, der Herausgeber des Bandes, skizziert einleitend den Begriff der Industriekultur und betont dabei die Notwendigkeit einer Unterscheidung von Quellensprache und Analysebegriff. Zugleich gibt er einen Überblick über die bisherige Geschichtsschreibung zum Braunkohlenbergbau und identifiziert lohnende noch unbearbeitete Untersuchungsfelder.

Der Band ist in vier Abschnitte gegliedert, wobei die Beiträge im ersten Abschnitt den Braunkohlenbergbau nur indirekt betreffen. Stattdessen stehen hier Vergleichsperspektiven im Mittelpunkt. Der zweite Abschnitt untersucht den Braunkohlenbergbau aus landesgeschichtlicher Perspektive, während der dritte einen aktuelleren Blickwinkel einnimmt und ethnologische und kulturanthropologische Untersuchungen umfasst. Im letzten Abschnitt geben Beiträge einen Ausblick auf die Herausforderungen, die künftig auf die museale Arbeit in Bergbauregionen zukommen werden.

Zu Beginn des ersten Teils führt Felicitas Weiss in die Konzepte Raum und Region als Untersuchungsperspektiven ein und gibt Anregungen, wie diese mit Erkenntnisgewinn für die Untersuchung von Montanregionen eingesetzt werden können. Sie veranschaulicht dies für das

Bergbaurevier im Fichtelgebirge, in dem vornehmlich Eisenerz abgebaut wurde und das man sowohl als Wirtschaftsraum wie auch als kulturellen Raum beschreiben und analysieren kann. Auch Sabine Breer beschäftigt sich indirekt mit dem Bergbau, indem sie die sogenannte Mansfeld-Galerie vorstellt, eine zu DDR-Zeiten im VEB Mansfeld-Kombinat »Wilhelm Pieck« entstandene Gemäldesammlung, die derzeit weitgehend ungenutzt im Kreisarchiv Mansfeld-Südharz liegt. Ihre Beschreibung veranschaulicht das sozial-, kultur- und politikgeschichtliche Potential dieser Sammlung für die Bergbaugeschichte, handelt es sich bei den Auftragsarbeiten doch in großer Zahl um Darstellungen von Angestellten und Arbeitern, welche die Arbeitsatmosphäre im Bergbau und dessen Industrielandschaften widerspiegeln. Helen Wagner diskutiert am Beispiel des vom Steinkohlebergbau geprägten Ruhrgebiets die Neuausrichtung von Industriekultur, die sich in der Hochphase auf den Denkmalschutz von ungenutzten Bauwerken und die Umnutzung von Industriestätten konzentrierte. Sie erklärt den Geschichtsboom, diskutiert die Ausrichtung der Geschichtskultur im Ruhrgebiet auf Industriekultur und gibt schließlich Denkanstöße, wie Braunkohleregionen nach dem Ausstieg mit ihrer industriellen Vergangenheit umgehen könnten.

Im ersten Beitrag des zweiten Teils macht Jan Kellershohn auf die komplexe Beziehung zwischen dem Braunkohlenbergbau und der Erzeugung von geologischem Wissen aufmerksam. Zum einen habe die Zerstörung von Landschaften durch den Braunkohlenbergbau die Schaffung eines als »Heimat« bezeichneten Raums erst etabliert und die wissenschaftliche Beschäftigung mit demselben begünstigt. Zum anderen sei auch der Kolonialismus ein Auslöser für die Erforschung des heimischen Bodens gewesen, da in den Kolonien neue Erfahrungen gesammelt und Praktiken (beispielsweise zur Auffindung von Wasserquellen) entwickelt wurden, die dann auch in der »Heimat« eingesetzt wurden. Davon etwas losgelöst, identifiziert er zuletzt einen Zusammenhang zwischen dem Wandel der geologischen Wissensproduktion und einem sich ebenfalls veränderten Körperverständnis, vom individuellen und talentierten Forscher hin zu einer »Wissen« schaffenden Gemeinschaft.

Martin Baumert erzählt die Geschichte der Rekultivierung von Flächen, die für den Braunkohlenbergbau genutzt wurden. Er konzentriert sich vor allem auf Forschungsaktivitäten zur Wiedernutzbarmachung in der DDR und attestiert dem ostdeutschen Staat eine führende Rolle in der Entwicklung und Testung neuer Methoden. Die Bedeutung regionaler Verflechtungen für den Braunkohlenbergbau verdeutlicht Benedikt Martin Ertl anhand der strukturpolitischen Rolle des Wackersdorfer Tagebaus und des Wärmekraftwerks bei Schwandorf für die bayerische Energiepolitik. Zwar konnte Wackersdorf nicht mit den großen europäischen Braunkohlerevieren mithalten, war in Krisenzeiten wie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg jedoch durchaus relevant. Die Bedeutung der Braunkohle für die Energieversorgung in Bayern und für die Reduzierung von Importabhängigkeiten veranschaulicht etwa der Umstand, dass der Ort Wackersdorf 1948 bis 1952 komplett umgesiedelt wurde, um die darunterliegende Braunkohle abbauen zu können. Erst Ende der 1950er-Jahre verlor der Wackersdorfer Tagebau durch die verstärkte Nutzung konkurrierender Energieträger wieder an Bedeutung.

Christian Möller betrachtet den Umgang mit Konflikten um den Braunkohlenbergbau und insbesondere die Umweltfolgen des Tagebaus aus demokratiehistorischer Perspektive. Am Beispiel des Braunkohlenausschuss (BKA), in dem seit 1950 Akteure aus Politik und Unternehmen sowie Betroffene zusammenkamen, untersucht er die Entwicklung korporatistischer Konfliktlösung, aber auch die Grenzen dieses politischen Instruments. War der BKA als Vermittlungsinstanz zwischen Verursachern und Betroffenen zunächst in gewisser Weise erfolgreich, veränderte sich dies im Laufe der Zeit durch veränderte Ansprüche an demokratische Beteiligung etwa infolge der Entstehung von Bürgerinitiativen. Interessant ist in Bezug auf heutige Proteste im Rheinischen Revier, dass die generelle Notwendigkeit des Braunkohleabbaus in den 1950er-Jahren auch von Kritikern noch nicht angezweifelt wurde.

Der dritte Teil des Bandes hat einen ethnologischen Schwerpunkt. Felix Schiedlowski gibt mit zahlreichen Interviewziten einen lebendigen Einblick in die Situation der Menschen, die heute im Mitteldeutschen Revier von Strukturwandel und Braunkohleausstieg betroffen sind. Material für seine ethnologische Forschung sammelte er 2020/21 und untersuchte anhand dessen, welche Rolle die Braunkohle in der Orientierung der Menschen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und

Zukunft spielt. Er betont, dass man die Erfahrungen von 1989/90 zum Verständnis des Mitteldeutschen Reviers nicht außer Acht lassen könne. Ähnlich ist der Ansatz von Katharina Schuchardt, die im deutsch-polnischen Braunkohlerevier Lausitz ebenfalls ethnologische Feldforschung betrieb. Auch sie bezieht den Faktor Zeit stark in ihre Untersuchung ein. Am Beispiel der Bemühungen im ehemaligen Kurort Opolno Zdrój (Bad Oppelsdorf), die eigene Geschichte im Ort sichtbar zu machen, veranschaulicht sie den Umgang der Menschen in der Region mit dem ungewissen Transformationsprozess. Valeska Flor blickt aus kulturanthropologischer Perspektive auf die Umsiedlungen im Rheinischen Revier und erkennt dabei drei Bewältigungsstrategien zur Verarbeitung der Erlebnisse. Dazu gehören das bewusste Erzählen, was immer auch Selbstreflexion und Identitätsschaffung bedeute, Partizipation, im Speziellen die Beteiligung an der Planung des neuen Ortes, und zuletzt Erinnerungsobjekte wie beispielsweise Straßenschilder der umgesiedelten Ortschaft.

Im vierten und letzten Teil des Bandes kommen Autorinnen und Autoren aus dem musealen Bereich zu Wort. Ein kollektiv von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt verfasster Artikel gibt einen kurzen Einblick in die Geschichte des Geiseltals sowie in eine Auswahl von Funden aus dem dortigen Bergbau, die derzeit in einem großen Projekt mit weiteren materiellen Zeugnissen des Braunkohlenbergbaus erfasst und dokumentiert werden. Danny Könnicke schreibt ein Plädoyer für die Rolle des Museums, das sich aktiv in die Gestaltung der Zukunft einbringen könne, indem es anschaulich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einer Region miteinander verknüpft. Gerade für die Braunkohleregionen im Strukturwandel erfüllten Museen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, weil sie Raum für Diskurse schafften. Jenny Hagemann diskutiert die Historisierung des Braunkohlentagebaus in der Lausitz, die sowohl durch ihre industrielle Geschichte geprägt als auch das Siedlungsgebiet der Sorbinnen und Sorben war und ist. Dass beides untrennbar miteinander verbunden ist und die Lausitz dadurch auch nach Ende des Braunkohlenbergbaus ein »hybrider Raum« sein wird, betont sie als Prämisse für die historische Forschung, aber auch für die aktuelle Welterbeinitiative »Lausitzer Tagebaufolgelandschaft«. Zuletzt gibt Alrun Berger Einblick in ein Projekt des Landschaftsverbands Rheinland »geSCHICHTEN Rheinisches Revier«, bei dem das kulturelle Erbe des Reviers nicht nur mit Blick auf die Braunkohle vermittelt werden soll, sondern andere Transformationen in der Region, beginnend mit der Durchsetzung von Ackerbau und Viehhaltung und endend mit der aktuellen Dekarbonisierung, mit einbezogen werden.

Somit liefert der Band in der Tat zahlreiche Perspektiven auf den Braunkohlenbergbau, von denen allerdings nur die kleinere Zahl einen im engeren Sinne landesgeschichtlichen Ansatz verfolgen. Jeder Beitrag ist für sich lesenswert, einige tragen aber weniger zur wissenschaftlichen Debatte bei, sondern sind vielmehr Aufrufe zum Nachdenken oder informieren über die aktuellen Herausforderungen im Umgang mit dem Braunkohlenbergbau. Die sprachgewandten Kapitelüberschriften (z.B. »Vergangene Gegenwart« und »Gegenwärtige Vergangenheit«) hätten aussagekräftiger sein und präziser den Inhalt des Bandes beschreiben können. Zwar ergibt sich in der Gesamtschau eine gewisse chronologische Einteilung, da zunächst historische Aspekte des Braunkohlebergbaus und anschließend seine historischen Spuren in der Gegenwart und die Frage ihrer künftigen Musealisierung erörtert werden. Doch hätte das inhaltliche Konzept des Bandes und sein Gliederungsprinzip einleitend klarer erläutert werden können. Dennoch erfüllen der Band und die einzelnen Beiträge ihr Ziel und geben Inspiration und viele Antworten auf die komplexe Frage, wie die Geschichte des Braunkohlenbergbaus geschrieben werden kann.

Zitierempfehlung

Charlotte Kalenberg, Rezension zu: Jan Kellershohn (Hrsg.), Der Braunkohlenbergbau im 20. und 21. Jahrhundert. Geschichte – Kultur – Erinnerung, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81997.pdf>> [27.5.2024].